

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Miffringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Döbhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 2. Februar 1931

Krupps Lohntheorie.

Von Anton Erkelenz.

Druckort:  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Herr Krupp von Bohlen hat in der letzten Generalversammlung seiner Gesellschaft eine Rede gehalten für eine weitere Herabsetzung der Löhne, damit bei niedrigeren Löhnen mehr Arbeiter beschäftigt und durch niedrigere Preise der Verbrauch angeregt werden kann.

Der Lohnabbau ist eine deutsche Psychose. Jeder will durch Lohnabbau die deutsche Wirtschaft sanieren und die Konjunktur ankurbeln. Und nicht nur das: Reich, Länder und Gemeinden wollen ihre Finanzen sanieren in erster Linie auf Kosten des Lohn- und Gehaltseinkommens. Im Verlauf des vergangenen Jahres sind mehrere Milliarden, nach Angabe Stegerwalds 3,5 Milliarden, neue Steuern und Beiträge hauptsächlich auf das Einkommen der kleinen Leute gelegt worden. Dazu der versteckte Lohnabbau, der durch Senkung der Akkordverdienste und durch Arbeitslosigkeit entstanden. Dazu seit Monaten nun der offene, wirkliche Lohnabbau am Tariflohn. Der jetzt von Herrn Krupp geäußerte Gedanke, Lohnabbau zwecks Mehrbeschäftigung, begegnet uns in den Klagen über zu hohe Löhne schon seit längerer Zeit. Selbst Herr Stegerwald, der es als Gewerkschafter besser wissen könnte, hat vor einiger Zeit eines seiner beliebten Zahlenbeispiele aufgestellt, wonach mit einer Milliarde Lohnsenkung eine Preissenkung von zwei bis drei Milliarden erreicht werden könnte. Ist es denn nun nötig, dass wir noch einmal das ganze ABC der Volkswirtschaft durchbuchstabieren, dass wir noch einmal alle die Entdeckungen von neuem machen müssen, die von Adam Smith über Ricardo, Lassalle, Marx und viele andere schon vor einigen 60-80 Jahren gemacht worden sind? Es sieht so aus, als hätten wir nach dem Kriege selbst das Wenige, was in der volkswirtschaftlichen Wissenschaft wirklich feststeht, wieder völlig vergessen, und als müssten wir nun alles wieder von neuem entdecken.

Machen wir uns den von Herrn Krupp von Bohlen empfohlenen und von der Presse so eifrig verbreiteten Gedankengang einmal zusammenhängend klar. Gesetzt der Fall, das Lohn- und Gehaltseinkommen der Arbeitnehmer - abgesehen von den höheren Privatangestellten - betrage in der Zeit der Hochkonjunktur, das heisst also bei voller Beschäftigung, etwa 50 Milliarden Mark jährlich. Das ist zwar nur eine Annahme, aber sie entspricht einigermaßen den tatsächlichen Verhältnissen etwa des Jahres 1928 oder 1929. Inzwischen sind etwa fünf Millionen Arbeitnehmer arbeitslos. Etwa weitere drei bis vier Millionen Arbeitnehmer verrichten nur noch Kurzarbeit. Auch die Löhne derjenigen, die noch voll arbeiten, sind gekürzt. Es dürfte annähernd der Wirklichkeit entsprechen, dass das Einkommen der Arbeitnehmer heute nur noch 40 Milliarden Mark beträgt. Bei Aufrechterhaltung der früheren Preise hat diese Kürzung des Einkommens der Arbeiter und Angestellten offenbar eine Verbrauchseinschränkung um etwa ein Fünftel zur Folge, und daraus erklärt sich zu einem grossen Teil die Arbeitslosigkeit. Verbrauchseinschränkung bedeutet Arbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit bedeutet

Verbrauchseinschränkung, - das ist ein Karussell. Wenn man nun das derzeitige Lohneinkommen von etwa 40 Milliarden Mark auf die gesamten Arbeitnehmer einschliesslich der Arbeitslosen verteilen würde, so wird offenbar am Gesamtverdienst und an der Gesamtkaufkraft nichts geändert. Senkt man die Löhne der noch in Arbeit befindlichen Arbeitnehmer um etwa ein Fünftel und stellt dafür die arbeitslosen Arbeiter wieder in Beschäftigung, dann ist nichts weiter geschehen, als dass das heutige Gesamtarbeitnehmereinkommen von 40 Milliarden Mark unverändert bleibt, aber nun statt auf 15 Millionen auf 20 Millionen Arbeitnehmer verteilt wird. Das ist gewiss politisch und sozialpolitisch bedeutsam; denn die fünf Millionen Arbeitslose wieder von der Strasse wegholen und sie in die Betriebe hineinbringen, ist nicht unwichtig. Aber dasselbe Ergebnis könnte ja auch erreicht werden durch eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung. Man versteht also nicht, warum sich Herr von Bohlen nicht für diese Arbeitszeitverkürzung ausspricht.

Nach dem Wunsch des Herrn Krupp soll mit dieser Lohnkürzung auch eine Preissenkung verbunden werden. Entsprechend der alten Preisgrundlage von 1928 standen 50 Milliarden Lohneinkommen zur Verfügung, jetzt nur noch 40 Milliarden. Nehmen wir an, es träte nun eine Preissenkung von 10 Milliarden ein. Dann wäre an sich das Verhältnis von früher wieder hergestellt. Denn nun könnten mit 40 Milliarden Lohneinkommen dieselben Warenmengen gekauft werden, wie 1928 mit 50 Milliarden Lohneinkommen. Aber woher soll diese Preissenkung kommen? Aus der neuen Lohnsenkung im Sinne des Herrn von Bohlen kann sie nicht kommen; denn der Gesamtlohnbetrag soll unverändert bleiben. Heute sind etwa vier Fünftel der Arbeitnehmer, nämlich die in Arbeit stehenden, in der Lage, alles das produzieren zu können, was mit dem heutigen Einkommen gekauft werden kann. Wenn man den Lohn um ein Fünftel, d.h. um 20 v.H., kürzt, kann die Preissenkung nur ungefähr 6 v.H. oder ein Sechzehntel betragen; denn der Lohn ist durchschnittlich nur ein Drittel der Herstellungskosten einer Ware. Zwanzig v.H. Lohnsenkung und sechs v.H. Preissenkung gibt aber nicht nur keine neue Kaufkraft, sondern eine weitere Kürzung der Kauffähigkeit.

Es gäbe allerdings Quellen, aus denen eine Preissenkung durchgeführt werden könnte, nämlich auf Grund der gesunkenen Rohstoffpreise und der durch Rationalisierung gesunkenen Warenherstellungskosten. Ob aus diesen beiden Gründen eine Preissenkung um etwa 10 Milliarden möglich wäre, bleibe dahingestellt. Aber dass sie in einem beträchtlichen Ausmass möglich ist, ist unzweifelhaft. Diese Quellen der Preissenkung haben aber mit den Lohnsenkungen nichts zu tun. Die Preissenkung kann vorgenommen werden unabhängig von Lohnsenkungen. Wenn man also die Lohnsenkungen unterliesse und die Preissenkung vornähme, würde der für Käufe zur Verfügung stehende Geldbetrag derselbe bleiben; aber die damit käuflichen Warenmengen würden sich vergrössern. Und diese Vergrösserung des Verkaufs würde eine Steigerung der Produktion erlauben, d.h. also eine Neueinstellung von Arbeitslosen. Das wäre der richtige Kreislauf. Wenn man aber die Preise senkt nur im anteiligen Ausmass der Lohnsenkung, dann ist keine gesteigerte Kaufkraft gegeben, weder von der Lohnseite noch von der Preisseite, und infolgedessen kann die vergrösserte Produktion keinen Absatz finden.

Der Gedankengang des Herrn Krupp ist also nicht bis zu Ende durchdacht. Im Grunde genommen handelt es sich hier (wahrscheinlich unbewusst) um die Wiederkehr des alten, längst überwundenen Gedankens der Lohnfonds-Theorie. Die volkswirtschaftliche Wissenschaft vor etwa 80 Jahren war der Meinung, dass in einem Lande im Verlauf eines Jahres für die Zahlung der Löhne ein ganz bestimmter, nicht vermehrbarer Geldbetrag zur Verfügung stehe. Das war der sogenannte "Lohnfonds". Damit sollte gesagt sein, dass wenn eine Gruppe der Arbeiter ihre Löhne erhöhe, das nur auf Kosten der andern Arbeiter geschehe; denn der Gesamtbetrag der Löhne könne nicht gesteigert werden. Wenn ein Teil der Arbeiter mehr erhalte, als ihnen "natürlicherweise" zustehe, dann müssten andere Arbeiter weniger erhalten und arbeitslos werden. Von dieser Anschauung aus hätte natürlich auch die gewerkschaftliche Arbeit keinen Zweck. Nach Auffassung der Lohnfonds-Theorie richtet sich der gewerkschaftliche Kampf nur gegen die Arbeiter

selber, indem eine Gruppe der Arbeiter versuche, mehr zu erhalten, als ihr zustehe, und zwar auf Kosten der anderen Arbeiter. Seit ungefähr 60 Jahren weiss man, dass diese Lohnfonds-Theorie falsch ist. Man weiss, dass der Gesamtlohnbetrag, der den Arbeitnehmern ausgezahlt werden kann, keine feststehende Grösse ist, sondern dass er durch gewerkschaftliche Arbeit, durch technische Verbesserungen, durch gute Betriebsorganisation usw. vermehrt werden kann. Jetzt taucht diese alte, längst abgetakelte Theorie in verstümmelter Form wieder auf, und es soll damit die Wirtschaft in Gang gesetzt und die Arbeitslosigkeit überwunden werden! Diese Gedankengänge widersprechen den Verhältnissen in der Gegenwart. Wer die Reallöhne senkt, senkt die Kaufkraft und vermindert deshalb die Absatzmöglichkeit der Ware. Und diese Lohnsenkung ist umso überflüssiger, als aus den gesunkenen Rohstoffpreisen und aus der Verbilligung der Produktionskosten, die durch Rationalisierung entstehen muss, genügend Möglichkeiten zur Preissenkung gegeben sind, ohne dabei den Reallohn anzutasten. Wenn Herr Krupp ankündigt, dass nach einer neuen Lohnsenkung die Unternehmer eine Beschäftigungsgarantie übernehmen würden, dann kann man dazu nur sagen: diesen Wechsel könnte die Unternehmerschaft nie einlösen. Die grösste Arbeitslosigkeit herrscht da, wo der Lohn am niedrigsten ist, nämlich in China und in Indien.

Aus der Krise können uns keine künstlichen Mittel heraushelfen. Ohne Steigerung der Kaufkraft der Volksmassen durch Preissenkung gibt es keine neue Konjunktur.

SPD. Stuttgart, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Unter der Ueberschrift "Ein unmöglicher Koalitionsgenosse" veröffentlicht das Landesorgan der württembergischen Zentrumsparthei am Montag einen Artikel, den es wie folgt einleitet :

"Wir legen nicht mehr den geringsten Wert darauf, mit den Leuten von der Deutschnationalen Partei in ein und derselben Regierung zusammenzuarbeiten! Diese Worte sprach am Sonntag in Ellwangen der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Landtages, der Abg. Bock. Er hatte, wie er ausdrücklich feststellte, für seine Äusserung die Zustimmung des Staatspräsidenten Dr. Bolz und des Parteivorsitzenden Justizminister Dr. Beyerle. Diese Absage an die Deutschnationalen wird viele überraschen aber die wenigsten in Erstaunen setzen. Denn die Gelegenheit, ja die Notwendigkeit einmal ein so deutliches Wort zu sprechen, war schon mehr als einmal vorhanden. Was der übergrossen Geduld der Zentrumsparthei jetzt ein Ende setzte war der am letzten Sonnabend in der "Süddeutschen Zeitung" veröffentlichte Aufruf an die evangelischen Frauen und Männer, den der evangelische Ausschuss der Deutschnationalen Partei erlassen hatte."

In dem Aufruf wurde dem Zentrum der Vorwurf gemacht, dass es in Preussen wie im Reich an seiner "Bindung mit der Sozialdemokratie" festhalte. Das Zentrumsorgan gibt den Aufruf ausführlich wieder und stellt schliesslich mit bitterer Ironie fest, dass die württembergische Regierungskoalition den Verlust der Deutschnationalen Abgeordneten zahlenmässig und auch nach der persönlichen Seite hin leicht ertragen könne. Damit wird den drei deutschnationalen Abgeordneten in aller Form der Stuhl vor die Türe gesetzt. Ob sie gehen werden oder schliesslich gegangen werden? Das eine ist zur Zeit so unbestimmt wie das andere.

SPD. Frankfurt/M., 2. Februar (Eig. Dr.)

Der Frankfurter Nazi-Richter Krebs, der noch immer über die Nazi-Mörder zu Gericht sitzt, wird durch neue Enthüllungen ausserordentlich schwer belastet

Die sozialdemokratische "Volksstimme" ist im Besitz eines Rundschreibens der Frankfurter Nazi-Partei vom 21. Dezember 1930, das von dem Diätenschlucker Sprenger unterzeichnet ist. Dieses Rundschreiben enthält ein "Dienststellenverzeichnis" und einen "Sprechstundenplan" der nationalsozialistischen Gaulei-

tung Hessen-Nassau, in dem Herr Landgerichtsdirektor Dr. Krebs drei Funktionen zuerkannt werden: Leiter der Frankfurter Rechtsabteilung, Leiter der Organisationsabteilung II. für Hessen-Nassau und Vorsitzender des Kampfbundes für deutsche Kultur. Gleichzeitig wird erwähnt, dass Dr. Krebs Sachbearbeiter der Organisationsabteilung bei der Reichsleitung der NSDAP ist.

Insbesondere die Tatsache, dass Dr. Krebs noch vor sieben Wochen als Sachbearbeiter einer Abteilung der nationalsozialistischen Reichsleitung amtierte, steht in krassem Widerspruch zu seiner dienstlichen Angabe, dass er "vor einiger Zeit" aus der Nazi-Partei ausgetreten ist.

-----

SPD. Am Montag trat im Reichstag der Untersuchungsausschuss für die Roggenstützung zu seiner dritten Sitzung zusammen. Auf Antrag der Sozialdemokratie wurde beschlossen, über die Verhandlungen des Ausschusses ein genaues stenographisches Protokoll anfertigen zu lassen. Auf diese Weise soll von vornherein allen Versuchen entgegengetreten werden, später den Verhandlungen des Ausschusses einen anderen Sinn zu geben, als sie hatten.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung einigte sich der Ausschuss nach stundenlangen Beratungen, die insbesondere durch die von keiner Sachkenntnis getrüben Ausführungen der Nationalsozialisten in die Länge gezogen wurden, darauf, einstweilen 4 Generalsachverständige zu berufen, die ständig den Sitzungen des Untersuchungsausschusses beiwohnen sollen. Als Sachverständige sind von dem Ausschuss bereits fest benannt der Präsident des Vereins der Getreide- und Futtermittelhändler Arthur Lehmann (als Vertreter des freien Getreidehandels) und der Preussische Kommissar für die Berliner Börse (als Sachverständiger für Börsentechnik). Ausserdem sollen der Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften - Raiffeisen - und der Deutsche Landwirtschaftsrat zur Entsendung je eines Sachverständigen aufgefordert werden.

Der Ausschuss vertagte sich schliesslich auf Mittwoch 12 Uhr. An diesem Tage soll in die Tagesordnung eingetreten werden. Als Zeuge wird am Mittwoch ein Direktor der Getreide-Industrie und Kommission A.G., einer der an der Roggenstützung massgebend beteiligten Gesellschaften, erscheinen.

-----

SPD. Paris, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Hitlergarden, die nach ihrem Wahlsieg vom 14. September von den französischen Patrioten aus nahe liegenden innenpolitischen Gründen als die Träger eines unmittelbar bevorstehenden kriegerischen Ueberfalls auf Frankreich hingestellt worden waren, haben augenscheinlich auch in Paris allen Kredit verloren. So erklärt am Montag der "Temps", dass die nationalsozialistischen Drohungen im Ausland niemand mehr schreckt, sondern nur den Kredit Deutschlands untergraben würden. Noch schärfer geht Pertinax im "Echó de Paris" mit seinen einstigen Freunden von der deutschen Reaktion ins Zeug.

Vor wenigen Monaten hielt es der politische Hintermann des "Echo de Paris" der jetzige Kolonialminister Reynaud, noch für nötig, mit Hugenberg zu verhandeln. Vor wenigen Wochen noch wollte Gustave Hervé von der "Victoire" mit den Stahlhelmlenten und Hitler-Garden ein deutsch-französisches Militärbündnis abschliessen. Am Montag erklärt Pertinax im "Echo de Paris" mit kalter Verachtung: "Die Hitler-Bewegung hat sich eigentlich nur in einer Schwächung der ausserpolitischen Tätigkeit des Reiches ausgewirkt. Es wäre leicht zu beweisen, dass der Verzicht auf die Formel Stresemanns, nur immer eine Forderung auf einmal zur Debatte zu stellen als das System des ewigen Jammers über den Young-Plan, die deutsche Diplomatie bei den Engländern und Amerikanern in den Debatten über die Abrüstung und den Minderheitenschutz schwer geschädigt hat. Wenn die deutschen Banken im Ausland nur zu wesentlich über dem Normalen liegenden Sätzen Kredite aufnehmen können, so ist auch das ausschliesslich auf

das Unwesen der politischen Wirrköpfe zurückzuführen."

Alles in allem also schliesst Pertinax mit offener Schadenfreude, habe die Hitlerbewegung den Wiederaufstieg Deutschlands nur gehemmt!

SPD. Der Bezirkskonsumverein Merseburg hat inzwischen ebenfalls beschlossen, die Zahlungen einzustellen. Das ist nach Halle der zweite offene Bankrott eines kommunistisch geleiteten Konsumvereins und unter Einrechnung der auch in Gotha eingetretenen Schwierigkeiten das dritte Konsumvereinsdrama unter Verantwortung der kommunistischen Partei. Der Bezirkskonsumverein Merseburg musste zur gleichen Zeit aus dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und von dem Zusammenwirken mit der GEG ausgeschlossen werden, wie der Allgemeine Konsumverein Halle. Unter kommunistischem Einfluss stehen noch die kleineren Konsumvereine in Schwarzenberg (Freistaat Sachsen) und in Wittenberge (Provinz Sachsen). Auch sie dürften durch die Einbeziehung in die kommunistische Konsumvereinspolitik gelitten haben.

Das ganze mitteldeutsche kommunistische Experiment droht mit einem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu enden. Für die organisierte Arbeiterschaft eine Warnung, deren Eindringlichkeit sicherlich nicht übersehen werden wird.

SPD. Frankfurt/M., 2. Februar (Eig. Dr.)

In Hocheim bei Wetzlar überfielen Nationalsozialisten einen sozialdemokratischen Diskussionsredner, dem sie zuvor vorübergehend das Wort erteilt hatten. Reichsbannerleute, die dem sozialdemokratischen Redner zu Hilfe eilten, wurden durch Messerstiche zum Teil schwer verletzt. Eine Abteilung Stahlhelmer mischte sich in die Keilerei und überrannte die Polizeibeamten. Der sozialdemokratische Diskussionsredner erlitt eine stark blutende Kopfwunde. Auch ein Polizeibeamter wurde erheblich verletzt. Mehrere Stahlhelmer und Nationalsozialisten mussten ebenfalls ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

SPD. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags, der am Montag einen Bericht des Reichsaussenministers über die Januar-Tagung des Völkerbunds rats entgegennahm, lehnte nach Schluss der Debatte einen kommunistischen Antrag, der den sofortigen Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund forderte, ab. Ebenso verfiel ein nationalsozialistischer Antrag folgenden Wortlauts der Ablehnung

"Die Reichsregierung wird ersucht, angesichts des völligen Versagens des Völkerbundes, vor allem in der Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten und in der Abrüstungsfrage, gemäss Artikel 1 Absatz 3 der Völkerbundsatzung den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund durch Kündigung seiner Mitgliedschaft vorzubereiten."

Der Antrag fand nur die Zustimmung der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten.

SPD. Paris, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Die französischen Eisenbahngesellschaften schliessen das Jahr 1930 wiederum mit einem Defizit, und zwar diesmal in Höhe von 1,2 Milliarden Franken ab. Die Unterbilanz erhöht sich unter Einrechnung der Rückzahlung eines Staatskredits auf 1,7 Milliarden Franken, zu deren Deckung eine neue Anleihe vorgesehen ist.

Dazu ist zu bemerken, dass der Staat an Verkehrssteuern nicht weniger als

2 Milliarden vereinnahmt hat. Der Steuersatz beträgt für Gütertarife 10 Prozent, für Personentarife 32 Prozent und steigt für Luxustarife auf 62 Prozent. Nach einem Sanierungsvorschlag der Bank von Frankreich, der der Kammer zur Diskussion vorliegt, sollen die Unterbilanzen durch eine neue Tarifierhöhung aus der Welt geschafft werden. Die Tarife im Güterverkehr sollen um 10 Prozent, im Personenverkehr um 24 Prozent erhöht werden. Es ist jedoch kaum anzunehmen, dass dieser Vorschlag, der bei der Krise für die französische Wirtschaft kaum tragbar wäre, im Parlament Annahme findet. Der Staat wird sich deshalb wohl genötigt sehen, die Steuerschraube etwas zu lockern.

---

SPD. In der Reichskanzlei fanden am Montag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning Besprechungen über Reformen in der Geschäftsordnung des Reichstages statt. Zweck der Besprechungen ist, die Arbeitsfähigkeit des Reichstages zu erhalten und zu fördern.

An den Besprechungen nahmen ausser dem Reichskanzler der Reichsfinanzminister und der Reichsinnenminister als Vertreter der zuständigen Ressorts, vom Reichstagspräsidium Reichstagspräsident Löbe und Vizepräsident Esser sowie die für die Geschäftsordnungsfragen sachverständigen Vertreter der Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten teil. Den Besprechungen lagen u.a. Vorschläge des Reichstagspräsidenten Löbe zugrunde. Beschlüsse wurden noch nicht gefasst. Zunächst sollen die Fraktionen über die geplanten Änderungen beraten.

---

SPD. Bochum, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Die vier Bergarbeiter-Verbände werden am Sonntag in Gelsenkirchen eine gemeinsame Kundgebung unter dem Vorsitz des christlichen Bergarbeiterführers Imbusch veranstalten. Die Kundgebung gilt ausschliesslich der Sanierung der Knappschaft. Das Referat erstattet der erste Vorsitzende des freigewerkschaftlichen Verbandes, Reichstagsabgeordneter Husemann. Ungefähr 2000 Vertreter der vier Verbände sind zu der Kundgebung eingeladen.

---

SPD. Stockholm, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Vorschlag, dem englischen Ministerpräsident Macdonald und Aussenminister Henderson den Nobelpreis für das Jahr 1930 zu erteilen, geht von der schwedischen Sozialdemokratie aus. Nach dem Vorschlag an das Nobelkomitee, der von zwei Reichstagsabgeordneten der schwedischen Sozialdemokratie unterzeichnet ist, soll der Nobelpreis MacDonald und Henderson je zur Hälfte zufallen.

---

SPD. Itzehoe, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Zeitung der Landvolkbewegung Schleswig-Holsteins "Das Landvolk" in Itzehoe, das sich in der besonderen Unterstützung der Bombenattentäter, die zum grössten Teil Angestellte der Zeitung waren, hervortat, steht unmittelbar vor der Pleite. Ein letzter Versuch des Verlegers mit Werbung neuer Abennenten ist völlig missglückt. Auch die Versammlungen von Hamkens haben nicht mehr den gewünschten Zulauf und die erhoffte Einnahme.

Es verlautet, dass der Zusammenbruch des Blattes nicht zuletzt auf die Honorarforderungen des Rechtsanwalts Lütgebrune, der die Bombenattentäter verteidigt hat, zurückzuführen ist.

---

SPD. Wien, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Von den Attentätern auf den Wien-Passauer Eisenbahnzug fehlt bisher noch jede Spur. Festgestellt wurde jedoch der Führer des Automobils, der den Schraubstock und die anderen zu dem Attentat benutzten Utensilien befördert hat. Er konnte eine genaue Personalbeschreibung der Täter geben.

SPD. Sidney (Australien) 2. II. (Eig. Dr.)

Die Posten der beiden zurückgetretenen Minister Fenton und Lyons sind aus den Reihen der Arbeiterpartei neu besetzt worden. Ausserdem hat die Arbeiterregierung einen dritten neuen Minister in das Kabinett aufgenommen. Zwei Minister ohne Portefeuille sollen die Regierung verstärken.

SPD. Wien, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Als sozialdemokratische Studenten am Montag vor der Universität Aufrufe zu den in Kürze stattfindenden Studentenwahlen verbreiteten, kam es zu Zusammenstössen mit Hakenkreuzlern. Der antisemitische Rektor der Universität liess zu gleicher Zeit einen Aufruf anschlagen, in dem er erklärt, dass er einen Aufruf der Sozialdemokraten wegen des die akademischen Behörden beleidigenden und die grosse Mehrheit der Studenten unerhört provozierenden Inhalts, verbietet. An die deutsche Studentenschaft richtet er den Appell, sich durch dieses beispiellos provozierende Vorgehen der sozialistischen Studenten nicht zu unüberlegten Handlungen hinreissen zu lassen. Der Aufruf hat bei den Sozialisten grosse Entrüstung hervorgerufen.

In der Technischen Hochschule haben die Hakenkreuzler am Montag die Anschlagtafeln der sozialistischen Studenten abgerissen. Sie zertrümmerten ferner einen Kiosk, an dem sozialistische Aufrufe angeklebt waren und steckten die zerschlagenen Teile im Hofe der Technik in Brand. Die Feuerwehr musste mit fünf Löschwagen vorgehen, um den Brand zu löschen.

SPD. London, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Unterhaus wurde am Montag-Nachmittag die Debatte über die Wahlreform mit einer Rede des Innenministers Clynes eröffnet.

Die Reform des englischen Wahlgesetzes ist eine Kompromissgabe der Labour Party an die Liberalen. Die Arbeiterpartei kann sie umso leichter gewähren, als diese Wahlrechtsänderung in vielen Punkten auch dem Wunsch der Labour Party entspricht. So sollen u. a. die Sondersitze der Universitäten aufgehoben werden, ebenso wie die Pluralstimmen, die zum allergrössten Teil den Konservativen zugute gekommen sind. Die von den einzelnen Parteien für Wahlpropaganda auszugebenden Geldsummen werden erheblich beschränkt. Eingeschränkt und begrenzt wird ferner die Zahl der am Wahltag zu Schlepperdiensten zu verwendenden Kraftfahrzeuge. Auch diese Bestimmung kann sich nur zugunsten der Arbeiterpartei auswirken. Entscheidend für die Liberalen ist jedoch das in der Regierungsvorlage enthaltene Alternativsystem. Was es bedeutet ergeben nachstehende Zahlen. 1929 wurden abgegeben: für die Konservativen 8 665 000 Stimmen, für die Labour Party 8 380 000 Stimmen, für die Liberalen 5 302 000 Stimmen. Die Unterhaussitze verteilen sich jedoch auf 256 konservative, 288 Arbeiter- und 59 liberale Abgeordnete. Es gibt keine Stichwahl in England. Stets ist derjenige Kandidat gewählt, der in seinem Wahlkreis die höchste Stimmenzahl erreicht hat. Ein ungerechtes Wahlsystem, das jedoch für England den grossen Vorteil hatte, dass es immer nur zwei Parteien gab und immer eine Regierung mit einer sicheren Mehrheit. Mit dem Erstarken der Arbeiterpartei änderte

sich dieses Bild. Aus zwei Parteien sind drei geworden. Das heutige Wahlsystem verlangt aber z.B. 90 000 Stimmen für je einen liberalen Abgeordneten, während ein Arbeiterabgeordneter nur 29 000 Wähler hinter sich zu haben braucht. Sowohl die Konservativen wie die Arbeiterpartei denken jedoch nicht daran, sich auf ein Verhältniswahlsystem einzulassen, das dem praktischen Sinn der Engländer zuwider ist und lediglich dazu dienen würde, die parlamentarischen Verhältnisse auf deutsche oder französische Basis zu bringen, wo in Wahrheit die Splitterparteien diktieren und den politischen Willen der Mehrheit des Volkes vertreten. England und die Arbeiterpartei sind auf das Zweiparteien-System eingeschworen und eine dritte Partei dünkt ihnen bereits Sand in den Rädern der Parlamentsmaschine. Das Schicksal der Arbeiterregierung hängt jedoch von dieser dritten Partei ab, die Alternativwahl die an sie zu zahlende Kompromissgabe

In Zukunft soll jeder Wähler das Recht haben, zwei beliebige Kandidaten auf dem Stimmzettel anzukreiden. Ist der erste Kandidat nicht gewählt, dann geht die Stimme auf den zweiten angestrichenen Kandidaten über. Die Folge ist, dass die Arbeiterwähler in den meisten Fällen im Notfalle den liberalen Kandidaten bezeichnen als den Konservativen die zweite Stimme zu geben und die konservativen Wähler eher den bürgerlichen Kandidaten als einen Arbeiterwähler bevorzugen. In jedem Falle wird das Alternativ-System in der Hauptsache den Liberalen zugute kommen.

Es ist selbstverständlich, dass die Konservativen dieser Reform jeden Widerstand entgegensetzen, was in der Montag-Sitzung der konservative Redner Sir Samuel Haore in scharfen Worten zum Ausdruck brachte. Die Labour Party ist dafür, ebenso sind es die Abgeordneten der unabhängigen Arbeiterpartei. Für die Liberalen setzte sich Herbert Samuel sehr warm für die Reform ein, die, wenn sie durchgeführt werde, ein grosses Unrecht an der liberalen Partei beseitigen werde.

Innenminister Clynes Begründung gipfelte in den Worten, dass die Regierung an ein Proportionalsystem nicht denke, um den Skandal der Splitterparteien von England fernzuhalten.

-----

SPD. Paris, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Wie der "Temps" mitteilt, sind in der Hauptstadt Indochinas wieder eine Anzahl Urteile wegen Aufstands und Bolschewistenhetze gefällt worden. 34 Angeklagte seien zu Zuchthaus und Zwangsarbeit, zum Teil lebenslänglich, verurteilt worden. Aufgrund der Massnahmen der Regierung sollen sich nunmehr alle am Aufstand beteiligten Eingeborenendörfer ergeben haben.

-----

SPD. Braunschweig, 2. Februar (Eig. Dr.)

Am Montag-Abend sollten in einer öffentlichen Versammlung in Braunschweig der oppositionelle Nationalsozialist Dr. Otto Strasser aus Berlin und der aus Fememordprozessen bekannte frühere Gauführer der Nationalsozialisten Heinz reden. Bevor die Versammlung eröffnet werden konnte musste der Saal von der Polizei wieder geräumt werden, da die SA-Leute der Nationalsozialisten, die in grosser Zahl erschienen waren, Tränengas- und Stinkbomben geworfen hatten. Die Polizei räumte den Saal, nachdem sie einige SA-Leute, die mit Waffen angetroffen wurden, festgenommen hatte.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)



## Friedrich Ebert.

Zu seinem sechzigsten Geburtstag.

SPD. Am 4. Februar würde Friedrich Ebert, weilte er noch unter uns, das sechste Jahrzehnt seines Lebens vollenden. Wir vermögen uns gut vorzustellen, wie er an diesem Tage wirkte: Haupt- und Barthaar ein wenig mehr mit Grau gesprenkelt, einige Falten tiefer ins Gesicht eingegraben, aber sonst frisch und resch, voll inneren Feuers unter äusserer Bedachtsamkeit, ein Wäger und ein Wager, noch reifer geworden unter der Last der Erfahrungen, aber deshalb nicht verantwortungs- oder tatenscheu - ganz im Gegenteil!

Unserer Bewegung ward es nicht beschieden, in dem sechzigjährigen Ebert Stütze und Sporn zu haben. Bald sechs Jahre ruht er schon auf dem Heidelberger Waldfriedhof von den Kämpfen und Mühen eines in jeder Hinsicht erfüllten Daseins aus, und sein Bild gehört bereits der Geschichte an. Freilich fehlen gerade für die Zeit seiner Präsidentschaft neben dem Einblick in noch unerschlossene Akten und Protokolle die intimen Bekenntnisse aus seiner Feder oder aus dem Munde ihm Nahestehender, ohne die seine Rolle als Staatsoberhaupt historisch nicht ganz zu erfassen ist, aber das Ganze seines Wesens auch in diesen letzten Jahren ist doch hinreichend scharf herausgearbeitet. Erst unlängst hat Stefan Grossmann in seinen Denkwürdigkeiten ein treffendes Porträt des Reichspräsidenten entworfen, als dessen Grundzug er "eine absolute Sachlichkeit" feststellt: "Das Wort Ich kam nur selten und zögernd über seine Lippen. Immer wieder ergriff er durch eine, ich kann es nicht anders sagen, edle Demut. Von Natur aus ein Willensmensch von ruhiger Bestimmtheit, nie heftig, nie launenhaft, immer bedächtig, hatte er gleichzeitig den Willen, sich Autoritäten, die er anerkannte, in Selbstbescheidenheit zu unterwerfen. Am rührendsten äusserte sich die Demut in Gegenwart von Gelehrten und Dichtern, deren Welt ihm fremd war. Sass er neben Gerhart Hauptmann, so spürte man, wie er mit innerem Ohr lauschte." Neben dieser Ehrfurcht vor dem Geiste, die Ebert beseelte, erscheint die jetzt wieder von Bülow bestätigte selbstherrliche Schnoddrigkeit, mit der Wilhelm II. seinen Ungeschmack in Kunstingen der Nation aufzwingen wollte, doppelt emporkömmlingshaft und dreifach barbarisch.

Aber es heisst das Andenken Eberts schänden, wenn man ihn überhaupt mit dem Trara-Hohenzollern auf dieselbe Linie rückt. Der Sattlergeselle, durch eigene Fähigkeiten und durch das Vertrauen der Massen bis zur Spitze des Deutschen Reichs aufgestiegen, besteht auch ohne diesen Vergleich, darf Anspruch auf absolute Wertung erheben, wirkt durch die Summe dessen, was er zu geben hatte. Das aber war, all seine persönlichen hervorragenden Eigenschaften: Umsicht, Willenskraft, Beharrlichkeit, Zähigkeit, Opferfreudigkeit, bereitwillig zugestanden, ein Teil aus dem Vermächtnis der Demokratie und des Sozialismus. Zwei wilde Männer, die einst auch wie Ebert unter den Fahnen der Internationale in Reih und Glied marschierten, erfüllen heute Europa mit dem misstönenden Getöse ihrer bedenklichen Taten; es ist gar keine gewaltsame Konstruktion, sich vorzustellen, dass auf irgend einer internationalen Arbeitertagung der Vorkriegszeit Ebert, Mussolini und Pilsudski im vertrauten Gespräch eine Gruppe gebildet haben, eingeschriebene und eingeschworene Sozialdemokraten alle drei. Und doch, wie mussten der Italiener und der Pole, um zu werden, was sie heute schandens halber sind, verbrennen, was sie angebetet hatten! Heute steht der Sozialismus und die Demokratie an einem Pol und Mussolini und Pilsudski am andern, keine grimmeren Feinde und Hasser des Sozialismus und der Demokratie als der Duce und der Marschall, und damit haben sie freilich die Neigung aller Ewiggestrigen in ihren Ländern im Sturm erobert.

Ebert aber blieb, statt sich der Vergangenheit zuzuwenden, dem Sozialismus und der Demokratie treu, als er das höchste Staatsamt übernahm; jederzeit fühlte er sich als Beauftragter der Mehrheit des Volkes. Nicht zwar, als ob er sich deshalb mit der Rolle einer willenlosen Puppe beschieden hätte. Er war

sogar ein sehr ausgeprägtes Willenszentrum, und die Schilderung, wie er gegen die Ministerien, gegen das Parlament, gegen die Parteien und auch gegen die eigene Partei von Fall zu Fall seine eigne Ansicht durchzusetzen versuchte, wird einmal nicht das reizloseste Kapitel seiner Biographie ausmachen. Aber immer blieb er dabei innerlich der Demokratie verhaftet. Ausfluss seines ganzen Wesens war es, wenn er auf dem Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 bekannte: "Auf die Dauer kann es nur eine Rechtsquelle geben, das ist der Wille des ganzen deutschen Volkes; das war der Sinn der deutschen Revolution". Demokratie hiess ihm auch kein leeres Schema, sondern, wie er als Reichspräsident der Altonaer Arbeiterjugend zurief, "Demokratie ist keine Form, keine Regel, sondern Kulturgeschichte des Volks, die sich ausdrückt im Kampf um Freiheit und Existenz". Mit anderen Worten: er empfand Demokratie als etwas höchst Lebendiges, Durchblutetes, Organisches und deshalb betrachtete er es nicht nur als sittliches Recht, sondern als sittliche Pflicht der Republik, die Demokratie gegen alle Angriffe von links und rechts, wenn es sein musste, mit den äussersten Mitteln zu schützen.

All das ist in unseren Tagen von besonderer Bedeutung, da unter dem Ansturm der heulenden Derwische des Hakenkreuzes Schwachnervige bis ins Lager der Linken hinein leise an der Demokratie zu zweifeln beginnen. Dass die Demokratie einen Ebert zum Heil Deutschlands hochbrachte, dass die Demokratie ihn mit den für sein schweres Amt nötigen Eigenschaften ausstattete, dass die Demokratie ihm die Möglichkeit des Schaffens an die Hand gab, dass die Demokratie den Boden seiner Erfolge bis zu seinem allzu frühen Tode schuf, das allein widerlegt bündig alle gut oder böse gemeinten Einwände gegen diese volksfreundliche Ordnung menschlicher Dinge. Beweise gegen die Demokratie? Hundertundeiner? Sie alle legt ein Beweis für die Demokratie wie Spreu hinweg: Das Wirken Friedrich Eberts! Hermann Wendel.

SPD. London, 2. Februar (Eig. Ber.)

An der Londoner Indien-Konferenz nahmen N.M. Joshi und Shiva Rao als Vertreter der indischen Gewerkschaften teil. Beide haben London jetzt verlassen um nach Bombay zurückzukehren. Vor ihrer Abreise übermittelte Joshi dem Vertreter des "Soz. Pressedienst" in London nachstehende Erklärungen:

"Die indischen Gewerkschaften mustern zur Zeit rund 300 000 Mitglieder, meist Textil- und Eisenbahnarbeiter. Unsere Bewegung wächst jedoch zusehends und geistig beginnen sich unsere Ideen rasch auszubreiten. Die indischen Industriearbeiter und unsere Gewerkschaften verlangen im augenblicklichen Stadium des indischen Kampfes in erster Linie das Wahlrecht für die kommenden konstitutionellen Staatseinrichtungen, wodurch wir die fundamentalen Arbeitsrechte, den Arbeitsschutz, den Achtsturentag und jene soziale Fürsorge erringen wollen, wie sie die europäischen Arbeiter geniessen.

Was heute in Indien in Ereignissen, in politischen und religiösen Kämpfen in Erscheinung tritt, ist nur die äussere Auswirkung der grossen sozialen Bewegung, die das ganze Land durchzieht. Wir stehen in der bürgerlichen Revolution, die bis zur Vollendung vielleicht fünfzig Jahre braucht. Die Massen der Arbeiter und Bauern sind noch stumpf, unerzogen und sind sich ihrer Klassenlage nicht bewusst. Die Führung im heutigen Kampfe hat das entwickelte Bürgertum, haben vor allem die Intellektuellen und die Studenten. Sie ziehen von Dorf zu Dorf, erwecken alle fanatischen Gefühle und die Massen folgen ihnen begeistert und blind. Es gibt kein Versprechen, das diese bürgerlichen Agitatoren den Armen und Hungernden, den Bedrückten und Leidenden, den Arbeitern wie den Bauern nicht gewähren. Die Massen glauben jedes Wort und folgen. Sie folgen vor allem Gandhi, ein vollkommen uneigennütziger und jedem Materialismus abholder Mann, der die höchste Verehrung in ganz Indien genießt. "Zurück zum Dorf, zurück zur Natur, zur Einfachheit und zu den reinen Sitten der Re-

ligion", das ist seine Lehre und darnach lebt er.

Die armen Bauern und die Arbeiter werden aber von dem Bürgertum wenig zu erwarten haben. Das zeigte sich auch bei den Verhandlungen der Londoner Konferenz, wo die indischen Delegierten über alle Forderungen von uns und unsere Anträge hinweggegangen sind und den Gewerkschaftsvertretern nicht das geringste Entgegenkommen bewiesen haben. Wir haben tauben Ohren gepredigt. Das indische Bürgertum rührt heute seinen Kampf gegen die indischen Prinzen und gegen England. Die arbeitenden Massen in Indien und die Bauern werden von einer Ausbeutung in die andere kommen.

Auch die religiösen Kämpfe in Indien, der Streit zwischen Hindu und Moslem sind nur Formen des Klassenkampfes. Es geht darum, wer in den gemischt-religiösen Gebieten die Macht, die Beamtenstellen, die Posten und damit die Einkünfte haben soll. Selbst die Frage der völlig entrechteten Klasse, der Unberührbaren, ist nur vom Klassenstandpunkt aus zu verstehen. Heute erklären die bürgerlichen Agitatoren den Unberührbaren, dass auch sie befreit werden durch eine Änderung der religiösen Bräuche. Die "Unberührbaren" dürfen mit den sogenannten "Reinen Indern" nicht einmal Wasser aus dem gleichen Brunnen schöpfen, aber heute erklären die Intellektuellen, das Vorhandensein einer unberührbaren Klasse habe mit dem Prinzip der Religion nichts zu tun, es sei nur die von deneinstigen arischen Einwanderern übernommene Religionspraxis, die geändert werden müsse. "Wir werden euch allmählich erziehen und heraufziehen." Wenn einmal die Massen des Volkes erzogen und wirklich aufgeklärt sind, wenn Moslem und Hindu erkannt haben, dass sie beide nur von den Besitzenden ausgebeutet werden und beide die gleiche Not leiden, dann sind auch die religiösen Kämpfe und Wirren vorbei.

Wenn es heute überhaupt in Indien noch Vertrauen zu England gibt, so ist es die Hoffnung auf die englische Arbeiterregierung. Gewährt England bald das Selbststimmungsrecht, so werden zwar die Unruhen noch einige Zeit fort dauern, aber dann wird Ruhe sein. Die politische Macht in Indien wird für die nächste Zukunft den gebildeten Klassen und dem Bürgertum gehören. Dann aber wird sich die Klassenlage herausbilden und die Massen der Arbeiter und Bauern werden den Kampf gegen die Fabrikanten und Landlords aufzunehmen haben. Schon heute greifen die sozialen Ideen rasch um sich. Ob dann die soziale Bewegung in Indien sozialistisch oder kommunistisch sein wird, hängt von den Besitzenden ab. Wenn das indische Bürgertum schnell handelt und sich seiner Pflichten gegen die arbeitenden Massen bewusst wird, dann werden wir eine sozialistische Bewegung haben. Wenn nicht, muss mit der Bolschewisierung der sozialen Bewegung gerechnet werden."

Arbeiter: an die Front!

SPD. Die nationalistische Welle, die gegenwärtig über grosse Teile des deutschen Volkes schlägt, wird begünstigt durch eine verlogene kriegerische und militaristische Literatur, durch Filme, die unter dem harmlosen Deckmantel des "Soldatenlustspiels", des "Kasernenhofschwanks", der "Komödie aus dem Soldatenleben" usw. bewusste und planmässige Propaganda für den Militarismus treiben. Das Grauen des Krieges wird vertuscht durch eine verlogene und verfälschte Naivität, durch eine kitschige Sentimentalität, durch einen Brechreiz erzeugenden "Soldatenhumor". Mit Absicht verstehen es die nationalistischen Filmproduzenten, gerade die "Harmlosigkeit" und spiessige "Fröhlichkeit" des Kasernenhofes der "guten alten Zeit" in den Vordergrund zu schieben; die Wahrheit des schrecklichen Fronterlebnisses, das heute noch Millionen von Menschen seelisch belastet, soll aus den Herzen und Hirnen der heranwachsenden Generation vertrieben werden. Die gleiche Fälschung und Lüge wird als Mittel für den militaristischen Zweck von den Fabrikanten der unzähligen "nationalen" Kriegsbücher verwandt.

Der Skandal um den Remarquefilm hat gezeigt, wie weit es heute schon in Deutschland gekommen ist: Ein Kunstwerk, das die Wahrheit über den Krieg verkündet, das die Menschenschlächterei in ihrer ganzen Grausamkeit und Vertiertheit zeigt, darf dem Volke nicht vorgeführt werden. Das Feld ist frei nur für jene Produkte einer konjunkturellen "Kunst"-Industrie, die die Spekulation auf die Oberflächlichkeit und Vergesslichkeit des Spiessers mit der feinen Witterung für das Geschäft und mit der reaktionären politischen Tendenz verbinden.

Die Gefahr der Verseuchung weiter Kreise des Volkes durch das nationalistische Buch und den nationalistischen Film wird immer grösser, je weiter wir uns vom Krieg entfernen. Die Generation, die den Krieg als persönliches Erlebnis mitmachte, stirbt ab oder ist abgestumpft, die junge Generation gerät vollkommen unter den Einfluss der nationalistischen und militaristischen Phrase, die ihr überall, in der Presse, in den Jugendzeitschriften, in Büchern, Filmen und Theaterstücken, und selbst in der Schule begegnet. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Vergiftung der Jugend unheimliche Fortschritte gemacht hat. "Der Geist von Potsdam", jenes unheimliche Gespenst, das die deutsche Jugend von den Schulzimmern und Kasernenhöfen bis zu den Massengräbern in Frankreich und Polen begleitete, erhebt sich wieder und bedroht den Frieden der deutschen Heimat.

Was tun wir dagegen? Wir sehen überall das Wetterleuchten kriegerischer Gefahren, mit Scham und Schmerz erkennen wir, dass grosse Teile einer unkritischen und vergesslichen Jugend von den nationalistischen Rattenfängern eingefangen werden. Gewiss: die proletarische Jugend ist von dieser Seuche nicht ergriffen; aber der kleinbürgerliche Nachwuchs droht ihr ganz zu verfallen. Soldatenspielerereien, Unterricht, Buch und Kino tun das ihre. Weder die schwächliche bürgerliche pazifistische Literatur, noch die kommunistische Tendenzschriftstellerei, die den Krieg im Dienste der Sowjetidee gutheisst, erreichen diese Schichten der Jugendlichen!

Die Gefahr ist gross! Und deshalb ist es Pflicht der Arbeiterschaft, das ihre zu tun, um den Krieg in der Seele der Jugend zu ächten. Millionen deutsche Arbeiter haben den Krieg als aktive Teilnehmer, als Kanonenfutter mitgemacht. Jahre sind vergangen, aber noch heute lastet dieses grausige vierjährige Erlebnis auf ihnen. Literaten haben zur Feder gegriffen und den Krieg geschildert, wie sie ihn in ihrer Phantasie sehen. Arbeiter greift zur Feder und schildert den Krieg, wie Ihr ihn erlebtet.

Die Phrase muss mit der Wahrheit bekämpft werden. Arbeiter, die Ihr an der Front standet, die Ihr jahrelang in Schützengräben, in Dreck und Morast Euer Leben und Eure Gesundheit aufs Spiel setztet, die Ihr verwundet wurden, die Ihr Elend, Hunger, Grauen, Lebensgefahr, Schmerzen auf Euch nehmen musstet, schildert Eure Erlebnisse. Schildert die Wahrheit, die Ihr erlebtet! Schreibt die Erlebnisse auf, die Euch als besonders fürchterlich erschienen, von denen Ihr vielleicht noch heute träumt. Beschreibt mit kurzen Worten Eure Fronterlebnisse. Denkt daran, dass Alles getan werden muss, damit dieses Grauen nicht wiederkehrt. Denkt daran, dass Eure Kinder und Kindeskinde Gefahr laufen, von falschen Propheten dorthin geführt zu werden, wohin Ihr einst geführt wurdet: Auf die Schlachtbank!

Es sollen keine Kunstwerke sein, die wir von Euch verlangen! Die Wahrheit des Erlebens wird Eure Hand führen. Schreibt Euch die Erbitterung und den Zorn vom Herzen! Stellt Euch vor, dass Ihr heute dort stündet, wo Ihr zwischen 1914 und 1918 standet: Im Gemetzel der Front. Bewahrt das heranwachsende Proletariat, Eure Kinder, davor, dass auch sie einst mit dem Leben und der Gesundheit bezahlen müssen, was Hetzer und Volksfeinde anrichten!

Heraus mit Euren Fronterlebnissen! Schreibt sie auf und sendet sie den sozialdemokratischen Zeitungen, die sie veröffentlichen werden. Aufgabe der Partei wäre es, diese Briefe von Arbeitern von der Front zu sammeln und als Bücher erscheinen zu lassen! Habt Ihr nicht Briefe gefallener Familienmitglieder aufbewahrt? Die "Briefe gefallener Arbeiter" warten auf ihre Veröffentlichung!

Gegen die Phrase die Wahrheit! Aus eigener Anschauung und Erfahrung sagt einer betrogenen und belogenen Jugend, was Krieg heisst! Arbeiter, an die Front des Friedens!

Dr. Julius Moses.

# W. N. S. Aus aller Welt

Im Schatten des Ermordeten.

Entlastende Sachverständigengutachten im Berliner Prozess um die 16jährige Mörderin.

SPD. Es ist in dem Prozess um die Ermordung des Uhrmachers Ulbrich des öfteren die Rede von den Ohrfeigen, die Richard Stolpe Lieschen, seiner Braut, von Zeit zu Zeit verabreichte. Es ist, wenigstens zu Beginn des Prozesses, aus diesen Ohrfeigen der Schluss gezogen worden, dass Richard doch ein recht brutaler Mensch sein müsse. Die Beweisaufnahme ergab dann allmählich ein anderes Bild, und was in diesem Bilde noch an verdeutlichender Farbe fehlte, das wurde schliesslich am Montag durch den Inhalt der Sachverständigengutachten nachgetragen. Es geht dem Richard genau wie Molnars so unerhört echt gezeichneter Bühnenfigur Liliom: immer will er seiner Braut etwas Gutes tun, schämt sich dann aber seiner Sentimentalität und zum Schluss wird eine Ohrfeige "geklebt" wie sich Lieschen ausdrückt. Und so wie Liliom im Begriffe stand, einen Mord zu begehen, weil er für seine Frau und das erwartete Kind Geld brauchte, so war, wie einer der Sachverständigen aussagte, einer der Gründe des Uhrmachermordes der männliche Geltungsdrang und Gelddrang bei Stolpe eine Rolle gespielt haben; "sie wollte ein neues Kleid haben". Damit ist der Mord natürlich längst nicht ausreichend erklärt und auch in keiner Weise entschuldigt, aber dieser Satz und mancher andere bei Stolpe weist auf einen anderen Schuldigen hin: die Arbeitslosigkeit. Denn das geht auch aus den Sachverständigengutachten hervor, dass alle drei, Lieschen, Stolpe und Benziger, nicht zu der grausigen Tat gekommen wären, wenn sie Arbeit gehabt hätten.

Stolpe war Kutscher. Er soll seine Pferde recht gut behandelt haben. Das bestätigt wenigstens ein Markthändler, der noch am Sonnabend Morgen bei seinen 31 Kollegen die Richard kannten, von Stand zu Stand gegangen ist und sich die Unterschrift unter den mit ungelassenen Fingern geschriebenen Satz geben liess, dass Stolpe stets gut, anständig und hilfsbereit gewesen sei. Am Montag Morgen wird dieser Mann dann als Zeuge vernommen; er wiederholt mit umständlicher Erläuterung den Inhalt des fast rührenden Leumundszeugnisses, fügt dann allerdings noch recht belastende Bemerkungen über Lieschen, "die Rummelbraut", hinzu, muss aber auf Befragen zugeben, dass er alles von Lieschens Schlechtigkeit nur vom Hörensagen, vom Klatsch und nichts aus eigener Kenntnis weiss.

Auch von den Sachverständigen sagt eigentlich keiner, dass Stolpe aus dem noch ziemlich unerforschten Holz bestehe, aus dem Mörder geschnitzt zu sein pflegen. Es wäre sehr schwer gewesen, seelisch an ihn heranzukommen, er sei verschlossen, nach aussen ein Maskenmensch, oft bockig und ungezogen. Professor Kramer: "Ein Psychopath, bei dem abnorme psychische Züge die Einheit der Harmonie in Frage stellen". Professor Leppmann: "Ich bin nicht im Stande, zu sagen, wie das wahre Gesicht aussieht". Den Ausführungen anderer Gutachter ist indes zu entnehmen, dass Richard ein guter Mensch ist, der sich in seinem dunkelsten Drange des rechten Weges wohl bewusst war, auch wenn plötzlich der Mordtrieb alle Hemmungen überwältigte. Aber er hatte keine Arbeit, er wollte Geld haben, er wollte Lieschen seine Mannhaftigkeit beweisen. Ausserdem, das kommt hinzu, hasste er seinen Vater, der ihn schon vor der Tat verstossen hatte. Nicht zuletzt dürfte der Mord an dem Uhrmacher die Auslösung dieses im Unterbewusstsein schlummernden Vaterhauses gewesen sein. Alles das sind Erklärungen, die das Gericht bei der Urteilsfindung kaum ausser Acht lassen dürfte.

Dem Benziger, der nur Mitläufer war, wird von den Sachverständigen ein ge-

wisser Schwachsinn attestiert. Sanitätsrat Dr. Dyrenfurth sagt von ihm: "er ist sehr gefällig; er kann nicht nein sagen". Gewiss schlimm, wenn an so einen Menschen die Aufforderung zum Mord herantritt. Die, bei denen er in der Lehre war, bekunden seinen Fleiss, seine Ordentlichkeit, seine Ehrlichkeit. Dr. Dyrenfurth meint: "Ich halte ihn für einen aufopferungsfähigen guten Menschen". Und Dr. Abraham findet die Formulierung: "Die Tat ist nicht die seine. Er hat eben mitgemacht, aber er konnte die Folgen nicht absehen. Erst weigerte er sich wohl aber als ihm darauf Lieschen vorwarf, dass er feige sei, wollte er nun zeigen, dass er ein Mann ist". Ausserdem fehlten ihm ein Paar Schuhe. Dr. Abraham glaubt dass Benziger auch deshalb mit zur Tat kam, weil ihm die Erfüllung des Wunsches nach Schuhen durch den Mord realisierbar schien. Wie man weiss, kam der Angeklagte nicht einmal zu dem Ziel, und als die drei Uebeltäter am nächsten Tag ins Kino gingen, musste sich der kleine Benziger die Mark Eintrittsgeld schon wieder leihen. Es passt zu dem Bild seiner leisen Vertrottelung, dass er von dem Mord auch nicht das geringste gehabt hat. Er ist ein tragischer Schlehmil.

Auch Stolpe war, wie man weiss, in der Mordnacht sehr enttäuscht darüber, dass ihm nicht die erwarteten 200 Mark, sondern nur ungefähr ein Zehntel davon in die Hände gefallen waren. Ein neuer bezeichnender Zug, der erst in der Montag-Verhandlung bekannt wurde: aus Enttäuschung über die geringe Beute verabschiedete er Lieschen, die doch nun wirklich getan hatte, was sie nur tun konnte, ein paar seiner berüchtigten Ohrfeigen. Wie das in der Gerichtsverhandlung erwähnt wird, lacht Lieschen, und man glaubt aus diesem Lächeln schon wieder Zynismus ablesen zu können.

Aber Lieschen ist anders. Sie ist nämlich weder zynisch, noch scheint bis jetzt ihr Gewissen durch die Schwere der Tat befleckt, ihre Seele sehr gequält zu sein. Die Sachverständigen beschäftigen sich ausserordentlich ausführlich mit Lieschen. Sie bestätigen alle ihre absolute Infantilität und diese so leicht befremdende Kindlichkeit, die wohl seit je nur geringe Ansätze zur Persönlichkeitsbildung erkennen liess. Wenn Lieschen umhegter und umpflegter gewesen wäre als in dem fragwürdigen Milieu ihrer Familie, und wenn sie nicht auf den zu ihr in so tragischer Weise passenden Stolpe gestossen wäre, würde sie vielleicht später einmal ein ganz brauchbarer Mensch geworden sein. Früher war sie noch, wie die Sachverständigen feststellten, viel infantiler und unernerster; Stolpe hat sogar einen recht positiven Einfluss auf sie ausgeübt. Aber wer war nun eigentlich der Anstifter zum Mord? Man hat sich wohl gegenseitig beeinflusst! Eines der wichtigsten Merkmale von Lieschens Wesen ist ihre Oberflächlichkeit. Interessen sind nur da, soweit sie die Erlebnisse der Umwelt berühren. Das Gefühl geht niemals in die Tiefe; alle Affekte klingen unverhältnismässig rasch ab. Im Grunde ist sie vorläufig, trotz der beträchtlichen und nicht einmal so sehr sexuell betonten Liebe zu Stolpe, - so wenigstens einer der Sachverständigen - kaum einer tiefen Leidenschaft fähig, es ist aber auch kaum deshalb an das Bestehen eines tiefen Hasses zu denken. Sie sagte ja auch des öfteren, dass sie den Ermordeten, der übrigens trotz seines eigenartigen Wesens ein ganz guter Kerl gewesen zu sein scheint und tiefe Feindschaft kaum verdient haben dürfte, eigentlich ganz gern mochte. "Das Einzige Beständige in ihrem Leben ist die Unbeständigkeit. Sie hat Wünsche aber keine Ziele. Sie ist eigensinnig, aber nicht energisch. Sie kann zornig sein, aber keinen Hass empfinden. Sie ist beweglich, aber ihr Dasein ist ohne Inhalt. Sie ist kindlich im Sinne der geistigen Unreife trotz guter geschlechtlicher Reife - ein scheinbarer Widerspruch, der aber die Spannungen ihres Wesens einigermaßen zu erklären vermag". Ging von ihr der Plan zum Mord aus? Vielleicht. Aber bei der ihr angeborenen Unfähigkeit zur Konzentration der Gedanken und Gefühle hat sie die Tat und ihre Folgen sicher nicht kritisch und auch nicht moralisch beurteilt. Schliesslich meint einer der Sachverständigen "Es muss der Versuch der Erziehung zu einem ordentlichen Menschen nach meiner Meinung mit ihr gemacht werden."

Ein gütiges, ein verstehendes Wort. Es gilt in mehr oder minder starkem

Masse auch für Erich und Richard, Lieschens Freunde. Aber auf der anderen Seite steht mit unerbittlicher Härte das Gesetz, das kein Richter achtlos beiseite schieben kann. Vielleicht, dass das vor Donnerstag nicht zu erwartende Urteil juristisch befriedigt. Der höheren Gerechtigkeit kann es bestimmt nicht Genüge leisten. Tragik dieser Zeit, in der vier Millionen arbeitslos sind, Hunderttausende von Kindern nicht im eigenen Bett schlafen, viele Väter das Erziehen verlernt haben und Hemmungen so leicht beiseitegefegt werden.

Ego.

+ + +

### "Ins Dritte Reich!"

#### Die Begründung seines Verbots.

SPD. Im Vortragssall des sozialdemokratischen Parteivorstandes zeigte am Montag der Film- und Lichtbilddienst der SPD den Pressevertretern in einer geschlossenen Vorstellung den von der Filmoberprüfstelle auch für geschlossene Veranstaltungen verbotenen Trickpropagandafilm "Ins Dritte Reich". Die ganze Ungeheuerlichkeit des skandalösen Filmverbotes zeigte dann die am Montag vormittag bekannt gegebene zehn Schreibmaschinen starke, von lächerlichen Verlegenheitsformulierungen geradezu strotzende schriftliche Begründung der Filmoberprüfstelle auf, die der Vertreter der Herstellerfirma, der preussische Landtagsabgeordnete Kuttner entsprechend kommentierte und deren teilweise Verlesung bei den anwesenden Pressevertretern der verschiedensten Blätter zum Teil stürmische Heiterkeit, zum Teil spontane Empörung hervorrief.

#### Das Hakenkreuz ist immun!

Der Film zeigt in recht einprägsamer und witziger Form die Verlogenheit der nationalsozialistischen Agitatoren, die Hand in Hand mit den reaktionärsten Scharfmachern der Industrie den Arbeiter in das Gefängnis einer faschistischen Diktatur schleppen und ihn aller gewerkschaftlichen, sozialen und kulturellen Errungenschaften der Republik berauben wollen. Der Unternehmer wird in einer ulkigen, aber keineswegs böartigen Karikatur als Hüter seiner heiligsten Geldsackbelange vorgeführt, der Nazi, eher zu milde, als zu scharf gezeichnet. Er produziert sich im Seifenblasenspiel, Marke Drittes Reich. Es fehlt nicht an aktuellen Anspielungen, die Goebbels-Mäuse werden ebenso mit treffender Satire glossiert wie die Nazi-Schaufensterstürmer aus der Leipziger Strasse. Der Trickfilm endet in einem Bekenntnis zur sozialen Republik, die nur errungen werden kann, wenn der Faschismus überwunden ist.

Man fasst sich an den Kopf, wenn man erfährt, dass dieser Propagandafilm, der mit sauberen Mitteln, entschieden, aber nicht knotig, die faschistische Pest bekämpft und ein Bekenntnis zum Volksstaat ablegt, im Namen der Republik verboten worden ist. Hier ist die politische Absicht so brutal und so unverhüllt zutage getreten, dass man das Verbot der famosen Filmoberprüfstelle als eine glatte Sympathiedemonstration für die Naziputschisten bezeichnen muss.

#### Seltsame "Unterlagen".

Das Verbot des Films, das sich auch auf alle geschlossenen Mitgliederversammlungen der Sozialdemokratie erstreckt, erfolgte wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Trotzdem der Vertreter der Hersteller immer wieder darauf hinwies, dass die Aufführung des Films nur für interne Veranstaltungen der Sozialdemokratie in Frage käme, ignorieren mündliche und schriftliche Begründungen diese Tatsache. Sie sprechen immer wieder von der Gefahr, die die öffentliche Aufführung des Films für "Ruhe und Ordnung" bedeuten würde. Auf der anderen Seite aber dementiert man sich selbst, indem man sagt, dass eine grosse Partei wie die Sozialdemokratie mit ihrer millionenfachen Mitgliedschaft auf interne Veranstaltungen keinen Anspruch erheben könne, da ihre Zusammenkünfte öffentlichen Versammlungen gleichkämen. Uebrigens erlaubt sich die Oberfilmprüfstelle, wie Kuttner darlegte, eine seltsame Beweis-

methode, indem sie ein in der ersten Instanz vorgetragenes negatives Gutachten des Vertreters des Innenministeriums auch für das skandalöse Verbot der zweiten Instanz als Unterlage benutzt.

#### Die Filmoberprüfstelle vom Dritten Reich.

Übergehen wir die plumpe Parteilichkeit dieser Prüfstelle, die in der Behauptung, "die Darstellung bewege sich auf sehr niedrigem Niveau" gipfelt und zitieren wir eine Stelle, die in völlig eindeutiger Weise die getarnte Naziseele des Regierungsrats Becker und seiner Mannen aufzeigt. Es heisst da: "...Weiter wird in dem Bildstreifen der Nationalsozialist in beleidigender Form herabgesetzt. Wie der Sachverständige des Herrn Reichsministers des Innern ausgeführt hat, kann die Betätigung und der Charakter der nationalsozialistischen Partei für die Beurteilung des Bildstreifens keine Rolle spielen. Denn man kann auch einer Partei, die die bestehende Staatsordnung zu ändern bestrebt ist, den durch das Gesetz gewährleisteten Schutz gegen widerrechtliche Angriffe nicht versagen. Die nationalsozialistische Partei wird hier in einem rohen und plumpen Burschen typisiert. Der typische Nationalsozialist schlägt Fensterscheiben ein, beschuldigt einen anderen der Tat, lässt ihn unschuldig ins Gefängnis wandern und verhöhnt den unschuldig Eingekerkerten. Es wird hier in unverhüllter Weise an die gekennzeichneten Szenen in der Leipziger Strasse angespielt. Vor allem aber wird gegen die nationalsozialistische Partei versteckt der nicht erwiesene Vorwurf erhoben, sie sei die Anstifterin bei den Szenen in der Leipziger Strasse gewesen. Auch die hierin liegende öffentliche Beleidigung einer grossen Partei durch den Bildstreifen kann nicht zugelassen werden."

#### Ein Attentat auf den gesunden Menschenverstand!

Bei Verlesung dieser grotesken Sätze stellt Kuttner fest, dass sowohl das preussische Innenministerium, wie das Justizministerium und der Berliner Polizeipräsident ihm bestätigt haben, dass es sich bei den bisher geführten und auch den noch bevorstehenden Prozessen gegen die Schaufenstertummultuanten aus der Leipziger Strasse durchweg um eingeschriebene Mitglieder der NSDAP handelt. In ihrem heftigen Bestreben, sich bei Hitler und Co. anzubiedern, und der Mäuse-Goebbels zu Gefallen zu sein, schrecken die Dunkelmänner der Filmoberprüfstelle nicht davor zurück, schwarz in weiss umzuwandeln und Tatsachen zu leugnen, die gerichtsnotorisch sind. Als eine besondere Kuriosität dieser "Begründung", die einmal eine Zierde der Schreckenskammersammlung der politischen Zeitgeschichte sein wird, sei auch jener Absatz vermerkt, in dem es höchst munter und eindeutig heisst: "Der Einwand, es sei nicht Sache der Oberprüfstelle, radaulustigen Elementen das Handwerk zu legen, ist nicht stichhaltig. Der ordnungsliebende, in sich gefestigte Volksgenosse und Bürger wird sich in der Regel durch keinen Film zu strafbaren Handlungen bestimmen lassen. Es werden immer mehr oder weniger radaulustige Elemente sein, die die öffentliche Ruhe und Sicherheit stören". Was, wie Kuttner dem Sinne nach sarkastisch ausführte, wohl eine Aufforderung an die ordnungsliebenden Bürger bedeutet, sich schleunigst in radaulustige Elemente zu verwandeln. Dieser Passus bedeutet eine glatte Kapitulation von den Strassenrowdys. Weiter sei noch festgestellt, dass die einzigartige Begründung des einzigartigen Verbotes auch wegen "Herabsetzung eines Standes" erfolgte, des Unternehmerstandes nämlich, von dem man nach Ansicht dieser Prüfstelle nicht sagen darf, was alle Spatzen von den Dächern zwitschern. Die Tatsache nämlich, dass sich die Nazis riesige Geldsummen zustecken lassen...

Der Anti-Nazifilm muss freigekämpft werden!

Kuka.

+ + +



## Tausends "harmonisches System".

### Vernichtende Sachverständigen=Gutachten im Münchener Alchemistenprozess.

SPD. München, 2. Februar (Eig. Drahtber.)

Als erster wissenschaftlicher Sachverständiger im Prozess Tausend sprach am Montag Professor Dr. Röntgen von der Technischen Hochschule Aachen. Er führte u.a. aus: Fast alle Alchemisten - und auch Tausend macht keine Ausnahme - haben zu ihren vorgeblichen Transmutationen (Elementumwandlungen) neben dem Quecksilber vorzugsweise Blei benutzt, das ein ausgezeichnetes Lösungsmittel für alle Edelmetalle ist. Daher wird beim Zusammenschmelzen von goldhaltigen Metallen mit Blei das Gold fast restlos in das flüssige Blei übergeführt. Ferner sind die in der Natur vorkommenden Bleierze als "Edelmetall" führend. Wird edelmetallhaltiges Blei einem oxydierenden Schmelzprozess unterworfen, so wird das Blei in Bleioxyd übergeführt, während die Edelmetalle in einem Regulus (reiner Metallkern) zurückbleiben. Das meistens von Tausend angewandte Verfahren ist in seinen Grundzügen, wenn man von den gänzlich sinnlosen Nebenoperationen absieht, nichts anderes als eine bewusste oder unbewusste Anwendung der dokimastischen (Untersuchungs-) Methode. Tausend führt nämlich in flüssiges Blei verschiedene Stoffe ein, die mehr oder weniger stark goldverdächtig sein können.

#### Bruchteile eines Milligramms...

Es fragt sich nun, welche Mengen an Edelmetallen können bei den vorgeführten Versuchen auf diese Weise isoliert worden sein? Um diese Frage exakt beantworten zu können, müsste man eine genaue Stoffbilanz aufmachen können. Leider waren aus der Verhandlung die Unterlagen hierfür nicht zu beschaffen. Man kann aber die Höchstmengen an Edelmetallen berechnen, die unter den allergünstigsten Umständen aus den Ausgangsmetallen erhalten werden konnten. Selbst bei Verwendung erheblich grösserer Mengen Metall als sie Tausend im allgemeinen angewandte, können Reguli aus Gold und Silber höchstens in der Grösse einiger Milligramm erzielt werden, von Gold allein nur Bruchteile eines Milligramms. In den Fällen, in denen grössere Mengen erzielt wurden, war das Gewicht bezeichnenderweise von einer ganz anderen Grössenordnung.

#### Betrügerische Absicht!

In allen Fällen, in denen die Reguli die Grösse eines Stecknadelkopfes übersteigen, muss demnach das Gold auf eine andere Weise erhalten worden sein. Was die Möglichkeit anlangt, dass das Gold etwa durch eine Umwandlung aus anderen Stoffen erhalten worden sei, so will Tausend diese Möglichkeit aus seinem "harmonischen System" ableiten. Aber um dieses System handelt es sich beispielsweise bei dem Versuch im Münchener Hauptmünzamt garnicht. Wir haben es hier vielmehr mit ganz bestimmten Verfahren zu tun, und die Frage ist daher nicht so sehr, ob grundsätzlich eine Umwandlung möglich ist, sondern ob einer solche Umwandlung durch Anwendung dieser ganz bestimmten Methode erzielt werden kann. Sie ist, zumal mit den von Tausend angewandten ganz primitiven Mitteln, gänzlich ausgeschlossen. Es bleibt demnach zur Klärung der Ausbeuten im Gewicht von mehr als einigen Milligramm nur die einzige Möglichkeit, dass das Gold absichtlich, und zwar in betrügerischer Absicht, in den Arbeitsprozess eingeführt worden ist.

#### Ein amüsanter Regiefehler...

Noch vernichtender für Tausend war das Gutachten des Professors Hönigschmied von der Technischen Hochschule München. Nach seinen Darlegungen erscheint eine künstliche Transmutation der chemischen Elemente auf Grund der wissenschaftlichen Erkenntnis über Wesen und Aufbau der Atome in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Gleichwohl wissen wir, dass zur praktischen Realisierung so gewaltige Energiemengen resp. Energiekonzentrationen notwendig wären, wie sie uns wenigstens derzeit in der gewünschten Form und unter den gewollten Bedingungen nicht zur Verfügung stehen.

Das Wichtigste im Verfahren Tausends besteht im wesentlichen darin, dass Blei in einer jedem Chemiker sinnlos erscheinenden Weise mit verschiedenen Stoffen erhitzt bzw. verschmolzen wird.

Zu dem verblüffenden Experiment Tausends im Münchener Münzamt erklärte der Sachverständige: Es ist ein amüsanter Regiefehler der Tausend'schen Goldfabrikation, dass das nach seiner Behauptung wissenschaftlich begründete Verfahren zur Goldherstellung nicht reines elementares Gold lieferte, sondern gleich die handelsübliche, zu Gold- und Silberarbeiten verwendete Gold-Silber-Legierung. Es ist nicht daran zu zweifeln, dass es Tausend oder einem Fälscher gelang, diese Gold-Silber-Legierung im geeigneten Moment in den Tiegel zu praktizieren, und zwar trotz aller Aufsicht, die sicher nicht vollkommen wirksam gewesen sein konnte, da es sich um die Beaufsichtigung zahlloser und oft sinnloser Hantierungen handelte, die mehrere Tage in Anspruch nahmen. Die Theorien Tausends, der ein grössenwahnsinniger, naturwissenschaftlich vollkommen ungebildeter Mensch sei, erklärte der Sachverständige als läppisches Geschwätz.

Der Dienstag bleibt verhandlungsfrei, am Mittwoch werden die Plädoyers gehalten werden.

+ + +  
Revolte in der Wärmehalle. In einer Wärmehalle in Berlin N., einem jener armseligen Aufenthaltsorte der Aermsten der Armen, kam es am Montag Nachmittag zu einer kleinen Revolte. Die Insassen der Wärmehalle wehrten sich gegen die Schliessung des Instituts, die die städtischen Angestellten pflichtmässig vornehmen wollten. Herbeigerufene Polizei stellte die Ruhe wieder her und befreite die von den Rebellen eingesperrten Aufsichtsbeamten.

+ + +  
Lebend verbrannt. In Plautzig (Ostpreussen) brannte eine Schmiede nieder: der 88 Jahre alte Schmied Lischewski und seine 77 Jahre alte Ehefrau wurden unter den Trümmern als Leichen gefunden. Vermutlich entstand das Feuer durch Fahrlässigkeit.

+ + +  
Millionendiamant gefunden. Im Diamantengebiet von West-Transvaal wurde ein Diamant von 200 Karat, dessen Wert von Sachverständigen auf mehr als 2 Millionen Mark geschätzt wird, gefunden.

+ + +  
Tod vor Freude. Auf der Trabrennbahn Farmsen bei Hamburg erlag ein Rennbahnbesucher einem Schlaganfall, als das Ergebnis des Rennens bekanntgegeben wurde. Durch eine Hundertmark-Siegwette hatte er bei der ungewöhnlich hohen Quote von 298:10 fast 3 000 Mark gewonnen.

+ + +  
Im Auto quer durch Asien. Nach der Durchquerung der Sahara vor einigen Jahren wird nunmehr nach zweijähriger Vorbereitung eine neue grossartig ausgestattete wissenschaftliche Expedition von Paris nach Asien aufbrechen. Unter der Leitung des bekannten Asienforschers George-Maria Haardt, dem eine Reihe von Wissenschaftlern und Filmfachleuten beigegeben ist, wird am 1. März eine Karawane von 16 der modernsten Wüstenautomobile, die der Autofabrikant Citroen konstruiert hat die Reise quer durch Asien antreten. Sie wird in einem riesigen Dreieck über Arabien, Persien, Turkestan, die Wüste Gobi nach Peking, von dort durch Indo-China hinunter nach Saigon und zurück über Siam, Indien, Persien und Arabien führen. Die Expedition wird etwa ein Jahr dauern und ausserordentlich vielseitige Studien betreiben. An der "gelben Kreuzfahrt" sind fast alle französischen wissenschaftlichen Institute wie die geographische Gesellschaft, die naturwissenschaftliche Gesellschaft und das Völkerkunde-Institut beteiligt. Eine der grössten Filmgesellschaften hat ein eigenes mit den modernsten Tonfilmapparaten ausgestattetes Auto bereitgestellt, das zum erstenmale exotische Volksgesänge aufnehmen wird.



# Gewerkschaftliche Rundschau

Der faschistische Obrigkeitsstaat.

(Von unserem römischen Vertreter.)

SPD.Rom, Anfang Februar 1931.

Der Korporationsstaat hat wieder einmal eine "Krönung" erfahren. Im vorigen Jahr glaubte man, dass der "Nationalrat der Korporationen" bereits die Krönung darstelle. Das war ein Irrtum. Der faschistische Ständestaat ist immer noch ein Provisorium, ein Rohbau. Es wird je länger, desto mehr an ihm herumexperimentiert mit dem Effekt: Ueberzentralisierung und Bürokratisierung. Das soziale Experiment des Faschismus, d.h. sein Versuch einer Versöhnung zwischen Kabinett und Arbeit ist ein Herumtappen im Finstern. Nur eins ist an ihm klar und eindeutig: die brutale Benutzung dieses Experiments zur Niederhaltung alles dessen, was nicht faschistisch denkt. Der faschistische Ständestaat ist nichts anderes als eine sozial schillernde Kulisse, hinter der nach wie vor Absolutismus und Willkür ihre Orgien feiern.

Die neue Krönung des Korporationsstaates besteht darin, dass die sieben Abteilungen des "Nationalrats der Korporationen" zu "Organen des Staats" gemacht worden sind. Die Korporationen umfassen im wesentlichen die einzelnen Berufsgruppen (Industrie, Landwirtschaft, Handel usw.), und die einzelne Korporation stellt sozusagen das oberste Organ eines Berufsstandes dar, Sie hat die Streitigkeiten bei Arbeitskonflikten zwischen dem Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverband zu schlichten, bevor der vorgeschriebene gerichtliche Weg beschritten wird. Sie hat auch allgemein gültige Bestimmungen für die Arbeitsbedingungen in den Betrieben aufzustellen. Ferner unterstehen ihr die kollektiven Arbeitsverträge, Kurz: die sieben Korporationen sollen die "einheitliche Organisation der gesamten Kräfte der Wirtschaft und deren Interessenvertretung" sein.

Der Begriff Korporation kann aber nicht einfach mit Berufsstand gleichgesetzt werden. Auch die faschistischen Arbeitersyndikate darf man nicht einfach als Gewerkschaften betrachten, was vielfach geschieht. Dadurch entsteht nur irreführende Verwechslungen und dasselbe gilt für den Vergleich des "Nationalrats der Korporationen" mit dem deutschen Reichswirtschaftsrat. Gewerkschaften und Reichswirtschaftsrat wie überhaupt der ganze organisatorische Aufbau des Unternehmertums und der Arbeitnehmerschaft in Deutschland beruhen auf einer völlig anderen Grundlage als das faschistische Korporationssystem und sind infolgedessen auch von ganz anderem Charakter. Sie ruhen auf Freiheit, während der faschistische Ständestaat auf Zwang und Vergewaltigung beruht. Von allem Anfang an war das Ziel und der Zweck der faschistischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände, die in die sieben grossen Korporationen eingegliedert sind, die Zerstörung der sozialistischen Gewerkschaften. Die faschistischen Berufsorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden zwangsmässig von der faschistischen Partei errichtet, indem einfach dekretiert wurde, dass eine Minderheit von 10% für ihre Begründung genügt. Dieser Minderheit wurde vom faschistischen Staat Rechtscharakter verliehen, während allen anderen Berufsverbänden jede tatsächliche Macht und Einflussnahme geraubt wurde. Die Minderheit konnte und sollte auch im Namen der Mehrheit handeln. Sie konnte alles, was nicht zur faschistischen Berufsorganisation gehören wollte, zu regelmässigen Beiträgen an die Kassen der faschistischen Verbände zwingen. Mit diesem Geld wurden die faschistischen Verbände aufgebaut. Deren Beschlüsse waren bei

dem Abschluss von Arbeitsverträgen massgebend. Und der Zwang ging schliesslich soweit, dass jeder Arbeitnehmer nach und nach bei den faschistischen Organisationen schon deshalb eintreten musste, weil er doch schliesslich auch Arbeit finden wollte und der faschistisch organisierte Arbeitnehmer in der Arbeitsvermittlung bevorzugt war.

So ist der Untergrund des faschistischen Systems der Berufsorganisationen nichts anderes als Gewalttat, und wie die Basis so ist die Spitze. Die Korporationen, d.h. die verbindenden Ueberbauten auf den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Berufszweigs, sind wohl in einem "Nationalrat" zusammengefasst, allein dessen Beschlüsse können vom Präsidenten, der gleichzeitig der Ministerpräsident - d.h. Mussolini - ist, umgeworfen werden. Von dem Diktat eines Einzelnen hängt also auch hier alles ab. Verständlich wird das alles erst dann, wenn man sich vergegenwärtigt, dass das Geheimnis des faschistischen Korporationsstaates sein militärischer Aufbau ist. Man hat es bei dem Korporationsstaat mit einer militärischen Zwangsordnung zu tun. Diese Zwangsordnung, wie sie bisher nur während eines Krieges öfters üblich war, ist im Faschismus auch für die Friedenszeit beibehalten worden. Daher der Versuch, alle Streiks und Aussperrungen zu verbieten und dem gesamten Beamten- und Verkehrspersonal auch selbst die faschistischen Syndikate zu verschliessen. Der Ausnahmefall eines Krieges ist für die Wirtschaftsregelung zu einem Dauerzustand gemacht worden. Unter diesen Umständen versteht es sich von selbst, dass auch die Leitung der Syndikate und Korporationen nicht von unten her erwählt, sondern nur von oben her ernannt wird. Sogar die Mitglieder des Nationalrats der Korporationen werden von oben ernannt, und jede Ernennung hängt wiederum von dem Willen des Diktators ab. Kein Wunder, wenn schliesslich auch jegliche Verbindung der faschistischen Arbeitnehmerverbände mit irgendwelchen Gewerkschaftsinternationalen streng verboten ist.

Der faschistische Obrigkeitsstaat steht heute noch wie an seinem ersten Tag unter Waffengewalt. Er ruht auf den Bajonetten der Macht. Fallen einmal die Bajonette, dann muss auch der ganze, so viel gepriesene Aufbau der Korporationen zusammenbrechen. Angesichts dieses Tatbestandes wirkt es wie ein schlechter Witz, wenn die Wortführer der deutschen Nationalsozialisten davon reden, sie wollten als Staatsgrundsatz an die Stelle der zahlenmässigen Mehrheit, die in der Republik parlamentarisch-demokratisch entscheidet, im "Dritten Reich" die "Souveränität der Sachkenntnis" setzen. Im Dritten Reich kann wie in Mussolinien höchstens die Souveränität des Bajonetts und die Sachkenntnis roher Gewalt herrschen.

SPD. "Wir klagen an!" Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, eine Organisation, in der 360 000 mittelbare und unmittelbare Opfer der Arbeit organisiert sind, hat durch die Deka einen wichtigen Werbe-film herstellen lassen. In gutgeschnittenen und ungemein plastischen Bildern erlebt der ergriffene Zuschauer den schweren und tränenreichen Kampf, den die Millionenmassen der Arbeiter tagaus, tagein unter Einsatz von Leib und Leben führen müssen. Ueberall lauert die Gefahr. Im Bergbau, an den Maschinen, am Hebekran und auf dem Baugerüst. Riesig gross ist die Zahl der Proletarier, die der mörderische Alltag zugrunde richtet. Nicht nur im Bergbau fallen die Massenopfer, auch in der Metallindustrie, in den Eisenbahnbetrieben, an den Fördermaschinen, Baggern und Greiferanlagen, beim Arbeiten mit feuergefährlichen oder ätzenden Stoffen, ist die Zahl der Unfälle Legion.

In aufrüttelnden Bildern zeigt der Anklage-Film das ungeheure Arbeitspensum des Zentralverbandes, der sich zur stärksten Invalidenorganisation der Welt entwickelt hat. Im zähen Ringen mit der Reaktion wurde mancher sozialpolitische Fortschritt erzielt, die Erhöhung der Invalidenrenten und Unterstützungssätze durchgesetzt.

Der Film, der in einem Massenaufmarsch der Invaliden und in einem rückhaltlosen Bekenntnis zur demokratischen Republik ausklingt, fand bei der Uraufführung stürmische Zustimmung. August Karsten, der langjährige Verbandsvorsitzende und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete umriss in eindringlichen Worten Sinn und Zweck dieses Kampffilms für soziale Gerechtigkeit. "Wir klagen an" hat die Aufgabe, das Gewissen der Öffentlichkeit wachzurütteln und auf das soziale Elend der im Kampf der Arbeit auf der Strecke Gebliebenen hinzuweisen. "Wir bitten nicht", rief Karsten, "sondern wir fordern! Die Existenz unseres Verbandes allein ist eine Anklage an die heutige Gesellschaft!"

Dem starken Film, der der wertvollen Arbeit des Zentralverbandes neuen Antrieb geben wird, ist stärkste Verbreitung zu wünschen.

---

SPD. Auch die landwirtschaftlichen Unternehmer erwarten alles Heil nur von einer weitgehenden Senkung der Löhne. Wir kurzzeitig ihre lohnpolitische Einstellung ist, hat dieser Tage einer der besten Kenner der Landwirtschaft, Landwirtschaftsrat Stoll (Farmesen), in einem durch den Westdeutschen Rundfunk verbreiteten Vortrag dargelegt. Stoll führte darin u.a. aus:

"Die Lage der Landwirtschaft zwingt zur grössten Sparsamkeit, und wenn diese Sparsamkeit bisher auch schon geübt ist, so taucht die Frage auf, wo weiterhin gespart werden kann. Beim Lohnkonto dürfte es infolge der geringen landwirtschaftlichen Arbeitslöhne nicht möglich sein. Die Aufmerksamkeit ist daher in grösserem Masse den toten Helfern des Landwirts, den Maschinen, zuzuwenden."

Ob Stolls Warnung etwas helfen wird?

---

SPD. Die Lohnverhandlungen für den grössten Teil der sächsischen Textilindustrie, die am Montag in Chemnitz stattfanden, sind gescheitert. Die Arbeitgeber hatten eine Lohnkürzung um 13 bis 15% gefordert; die Gewerkschaften verlangten eine Lohnerhöhung von 5 bis 20%. Auch die im Anschluss an die Lohnverhandlungen stattgefundenen Besprechungen über die Aenderung des Arbeitszeitabkommens sind ohne Ergebnis abgebrochen worden. Gegenwärtig besteht die 48-Stunden-Woche mit 3 Ueberstunden. Die Gewerkschaften fordern eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden, während die Arbeitgeber an der bisherigen Regelung festhalten.

---

SPD. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beschloss die Frage der Alters- und Invalidenversicherung auf die Tagesordnung der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz zu setzen. Ebenso soll die Beseitigung der gewerbmässigen Stellenvermittlung zur Erörterung kommen, ferner ein englischer Vorschlag, der die Konvention für das Verbot der Nachtarbeit für Frauen, die einen Aufsichts- oder Direktionsposten innehaben, ausser Kraft gesetzt wissen will und ein belgischer Vorschlag, wonach als Nachtzeit im Sinne der Konvention je nach Wahl die Zeit zwischen 22 und 5 Uhr oder 23 und 6 Uhr betrachtet werden soll.

Zur Berichterstattung über die Frage der wöchentlichen Ruhe und des Vier-schichtensystems in Glasfabriken wurde ein technischer Unterausschuss von Fachleuten eingesetzt.

## Deutsche Vorzugszölle für Balkanländer?

Von unserem Balkankorrespondenten

SPD. Sofia, Ende Januar.

Den Agrarkonferenzen der südöstlichen Staaten in Bukarest, Sinaia und Warschau war der Beschluss gemeinsam, von den festländischen Getreidezuschussländern die Durchbrechung der Meistbegünstigungsklausel zugunsten der südosteuropäischen Lieferstaaten (und zum Schaden der agrarischen Ueberseeeländer) zu verlangen. Rumänien und Südslawien hatten in Sinaia einen weiteren Schritt getan und eine praktische Voraussetzung für die Verwirklichung dieses Verlangens geschaffen, indem sie die Notwendigkeit der Gegenleistung -bevorzugte Abnahme von Industriewaren- anerkannten. In Genf war dann Rumänien als erster Staat an den deutschen Bevollmächtigten mit dem offiziellen Antrage auf bevorzugte Behandlung seiner Getreideausfuhr herangetreten, worauf von deutscher Seite zunächst um schriftliche Ausfertigung der rumänischen Wünsche ersucht wurde. Auf der Genfer Wirtschaftskonferenz im September v. J. wurden schliesslich auf Antrag der Südostländer Entschliessungen gefasst, die eine Beschränkung der Meistbegünstigung für Agrarprodukte empfehlen, um eine verbesserte Ergänzungswirtschaft für Südost- und Mitteleuropa anzustreben. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist allerdings herzlich wenig Aussicht auf Ratifikation dieser Beschlüsse vorhanden, umsomehr als für ihre Anwendbarkeit die Zustimmung aller meistbegünstigten Staaten vorbehalten wurde. Mit ziemlicher Bestimmtheit kann daher gesagt werden, dass auf Grund der Genfer Beschlüsse eine Verwirklichung des Präferenzgedankens kaum möglich sein wird.

Die von dem Reichsaussenminister Curtius jüngst in Genf erhobene Forderung, die Europa-Kommission solle möglichst rasch an den Präferenzvorschlag der Agrarstaaten Südosteuropas herangehen, ist in der Balkanpresse allgemein begrüsst worden. Diese weist auch auf halboffizielle deutsche Meldungen hin, die erkennen lassen, dass das Reich geneigt ist, mit den südöstlichen Agrarstaaten - Rumänien, Ungarn, Südslawien und Bulgarien - über eine Zollpräferenz zu verhandeln, wobei jedoch die Tschechoslowakei als stark industrialisierter Staat nicht mit einbezogen werden soll.

Der deutsche Reichsernährungsminister Schiele hat in diesem Punkte Curtius seine Sympathie bezeugt. Die Vertreter der deutschen Landwirtschaft erwarten auf der Grundlage eines Präferenzabkommens mit den Balkanländern einen erhöhten Zollschatz gegenüber den überseeischen Gebieten und dem europäischen Norden, Osten und Nordosten. Die deutsche Industrie hingegen verhält sich durchaus ablehnend. Sie weist darauf hin, dass eine Zollbevorzugung der Südostländer zu einem handelspolitischen Konflikt mit der Uebersee sowie Nord- und Westeuropa führen müsste, die bisher die wichtigsten Abnehmerländer für die deutsche Ausfuhr gewesen seien. Ausserdem ist man besorgt, dass die südöstlichen Märkte bei weitem nicht so aufnahmefähig sein werden, wie es die deutschen amtlichen Kreise anzunehmen scheinen.

Der ständige Beobachter der Balkanmärkte kann die Berechtigung gerade dieses Bedenkens nur nachhaltig bestätigen. Zunächst einmal ist festzustellen, dass das südöstliche Europa seine Waren hauptsächlich dort kauft, wo es Kredit möglichst langfristiger Art erhält, und solchen Kredit kann Deutschland heute nicht geben. Eine Vorzugsbehandlung deutscher Industriewaren könnte daher

leicht mehr oder weniger wirkungslos bleiben. So sei an verschiedene Anleihen erinnert, die balkanische Staaten und Kommunen im letzten Jahrzehnt in Amerika, England, Frankreich, Belgien usw. aufgenommen haben, wobei es die Geldgeber in der Regel verstanden, mit dem Finanzgeschäft auch grosse Lieferungsgeschäfte zu verbinden. Aus der bulgarischen Flüchtlings- wie Stabilisierungsanleihe sind z.B. riesige Summen für Aufträge in die Emissionsländer zurückgeflossen, während die deutschen Exportfirmen bei den Ausschreibungen leer ausgingen. Der Völkerbundskommissar in Sofia, der Franzose Charon, hat ebenfalls seinen starken Einfluss bei den bulgarischen Behörden zugunsten der Industrie seines Landes geltend gemacht. Fast gleichartig gelagerte Fälle waren auch in anderen Balkanstaaten zu verzeichnen. Und gegen eine solche Konkurrenz auf Umwegen werden auch Präferenzabmachungen mit Deutschland wirkungslos bleiben.

Offenherzig erklärte der bulgarische Handelsminister Prof. Mischaikow dem Korrespondenten des "Soz. Pressedienst", dass Deutschland im Falle eines Präferenzabkommens auch nicht annähernd gleichwertige Gegenleistungen von den Balkanländern erwarten dürfte, da deren Laufkraft infolge der starken Preisrückgänge für Agrarprodukte auf ein Minimum gesunken sei. Alle Momente der Agrarnot berechtigten leider zu der Annahme, dass man ein vieljähriges Siechtum werde durchmachen müssen. Die Aufnahmefähigkeit der Balkanmärkte für industrielle Waren werde daher auch für eine Reihe von Jahren sehr gering sein. Hierüber dürfe man in sich in Deutschland keinen Täuschungen hingeben. Die bulgarische Regierung sei an Getreidepräferenzzöllen weit weniger interessiert als die Nachbarländer, deren Wünsche sie jedoch schon aus Loyalitätsgründen unterstützen. Er - der Minister - habe allerdings wenig Hoffnung auf eine Realisierung des Präferenzvorschlages, da auch politische Schwierigkeiten im Wege ständen. Der südöstlichen Agrarnot könne mit langfristigen Produktivkrediten eher als mit Vorzugszöllen gesteuert werden. Das wichtigste Problem für die südöstlichen Agrarländer sei die Umstellung von der Getreidewirtschaft auf den Anbau von Industriepflanzen (Tabak, Raps, Hanf, Sonnenblumen, Mohn usw.) und die gesteigerte Erzeugung von Früchten, Eiern, Geflügel, Gemüse usw., die jedoch einen Zeitraum von mindestens ein bis zwei Jahrzehnten verlange und nur mit internationaler Kredithilfe durchgeführt werden könnte. Vielversprechende Ansätze dazu seien bereits in Bulgarien, Südslawien und teilweise auch Ungarn vorhanden.

Es erübrigt sich also, auf die praktische Möglichkeit der Durchführung des Präferenzgedankens, mit dem die deutsche Regierung heute noch liebäugelt, einzugehen. Die skeptischen Stimmen sind sehr zahlreich. Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie erklärte auch Otto Bauer die Balkanwünsche einfach für aussichtslos. Das offizielle Deutschland täte gut, die Warnungen nicht in den Wind zu schlagen.

SPD. Im Zirkus Busch fand am Montag die im Rahmen der Grünen Woche übliche Berliner Parade des Reichslandbundes statt. Ostelbischer Grossgrundbesitz war wie gewöhnlich vorherrschend. Daran änderten auch der süddeutsche Renommierredner und der Bauernhofbesitzer Bethge auf dem Präsidentenstuhl nicht viel. Fahneneinmarsch unter den Klängen des "Fridericus", denen brausender Beifall folgte.

Die Persönlichkeit der Hauptreferenten, Graf Kalckreuth, bürgte dafür, dass die Tagung im Zeichen des agrarischen Extremismus und des politischen Radikalismus stand. Von einigen Andeutungen auf den Weizenzoll abgesehen, suchte man vergeblich in dem Referat des Grafen Kalckreuth wie auch der übrigen Redner nach einer auch noch so bescheidenen Anerkennung für die Opfer, die die Gesamtheit im letzten Jahr für die Landwirtschaft in verstärktem Umfang gebracht hat. "Das ist alles noch gar nichts und bestenfalls waren es Halbheiten, die

durchgeführt wurden", so lautete der Tenor sämtlicher Reden. Kalckreuth legte diesmal das Schwergewicht auf die Zollaufstockung für Milch- und Veredelungsprodukte und für Produkte des Garten-, Ost- und Gemüsebaus. Auf allen diesen Gebieten müsse sich die Reichsregierung durch ein Ermächtigungsgesetz wieder zollpolitische Bewegungsfreiheit verschaffen. Der Reichsverband der deutschen Industrie, der gewagt hat, gegen diesen handelspolitischen Wahnwitz Front zu machen, musste es sich gefallen lassen, als "Vertreter einseitiger Exportinteressen" hingestellt zu werden, der kein Mittel unversucht gelassen habe, um der Landwirtschaft auf dem Weg zur Rettung Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Ein demagogisch nicht zu überbietendes Stückchen war es, das Reich für die ungesunde Aufblähung des ostdeutschen Schweinebestandes verantwortlich zu machen, als ob hier die Schuld nicht einzig und allein bei der Gedankenlosigkeit der wiederholt vom Reich gewarnten Züchter läge. Ist auf den produktions- und handelspolitischen Gebieten nur das Reich an der Agrarkrise schuld, so bei der Hilfsleistung natürlich einzig und allein das "marxistisch verseuchte Preussen". Wieder wird die bekannte Forderung aufgetischt, dass die Kontrolle und Durchführung der Umschuldung lediglich in die Hand des Berufsstandes gelegt werden muss. Die von der Preussenkasse eingesetzte Betriebskontrolle ist, das glauben wir gern, allzuvielen Grossgrundbesitzern im Osten peinlich, die im Trüben fischen wollen.

Dass die deutsche Landwirtschaft in der Organisation ihres Absatzes hinter dem Ausland zurückgeblieben ist, dass sie in der Standardisierung der Waren und der Erzeugung von Markenwaren noch weit zurückliegt, musste auch Graf Kalckreuth zugeben. Er forderte vor der produktiven Umstellung und systematischen Absatzregelung staatliche Sicherheiten, die den landwirtschaftlichen Betrieben die Rentabilität garantieren. Hier wird also für einen Berufsstand, der offizielle gegen staatliche Eingriffe Sturm läuft, ebenso offiziell eine vom Staat garantierte Rente verlangt. Die Zahl der in Holstein einer gewissenlosen Steuerstreikhetze zum Opfer gefallenen Bauern scheint dem Grafen von Kalckreuth noch nicht gross genug zu sein. Denn wie anders sind seine Worte zu verstehen, dass der Landwirt, ehe er sich der letzten Barmittel zur Steuerzahlung beraubt, heute die Pflicht hat, - im Rahmen der gesetzlichen zulässigen Mittel, versteht sich - alle Hebel anzusetzen, um nicht durch Steuerzahlung die Erhaltung des Betriebes zu verlieren.

Als Schlussredner forderte Präsident Bethge Kampf des Reichslandbundes auf der ganzen Front. Bethge schloss: Fort mit diesem System! Kampf dieser Reichsregierung!

Wie weit die Radikalisierung des Reichslandbundes gekommen ist, zeigte sich besonders drastisch bei der Rede Kalckreuths. Als dieser den Namen des Reichsministers Schiele erwähnte, wurde er von sturmischen Zurufen "Versager" "unfähig" und "abtreten" unterbrochen, während sein Hinweis auf die bekannte Osterbotschaft des Reichspräsidenten (zur Hilfsaktion für die Landwirtschaft) auf eisiges Schweigen stiess.

SPD. Der Januar hat die erwartete Steigerung der Konkursziffern gebracht. Es wurden 1085 neue Konkurse gegen 850 im Dezember eröffnet und 518 Vergleichsverfahren bekanntgegeben gegen 477 im Dezember.



Ruhig aber fest.

(Berliner Getreidebörse vom 2. Februar.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Montag in recht ruhiger Stimmung. Es zeigte sich nur geringe Kaufneigung, da sich die Mühlen zumeist abwartend verhielten. Das Angebot in promptem Weizen seitens der Landwirtschafter ist zwar um eine Kleinigkeit grösser geworden, jedoch halten die Abgeber auf Preise, und die Grundtendenz blieb weiter fest. Auch Roggen hatte stetige Tendenz. Am Markte der Zeitgeschäfte war bei nur geringfügigen Preisveränderungen die Umsatztätigkeit sehr eingeschränkt. Auch im Mehlgeschäft zeigten sich keine Bewegungen. Für Hafer war die Stimmung eher etwas matter.

	<u>31. Jan.</u>	<u>2. Febr.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	266 - 268	267 - 269
Roggen	156½ - 158½	156 - 158
Braugerste	204 - 213	204 - 213
Futter- und Industriergerste	190 - 204	190 - 204
Hafer	140 - 147	139 - 146
Weizenmehl	30,25 - 37,50	30,25 - 37,50
Roggenmehl	25,60 - 26,50	25,70 - 26,50
Weizenkleie	11,00 - 11,25	11,00 - 11,25
Roggenkleie	9,50 - 10,00	9,50 - 10,00.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 282 - 281½ (Vortag 2828), Mai 289-289½ (288¾), Juli 291 - 291½ (290½), Roggen März 175½ - 176½ (175½), Mai 182½-183 (182¼), Juli 184-184¾ (184). Hafer März 154-153 (155), Mai 161 plus Brief (162), Juli 167 plus Brief.

#### Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-  
eier, vollfrische, gestempelte, über 65 Gramm 13½, 60 g 12, 53 g 10¾, 48 g 10,  
aussortierte kleine und Schmutzeier 9. Auslandseier: Dänen 18er 14, 15½-16er  
11¼, leichtere 9¾, Holländer 60-62 g 12¼-12¾, 57-58 g 11¾, Rumänen 9 - 9½,  
Ungarn und Jugoslawen 9¼ - 9½, kleine, Mittel- und Schmutzeier 8. In- und aus-  
ländische Kühlhauseier: Normale 7½ - 8½, Chinesen und ähnliche 6½-9½. Witte-  
rung: kalt, Tendenz: freundlicher.

#### Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner, waggonfrei ab  
märkischen Stationen: Weisse 1,10 bis 1,30, Rote 1,20 bis 1,40, Odenwälder  
Blaue 1,20 bis 1,40 Mark, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 1,60 bis  
1,80 Mark. Fabrikkartoffeln 6 Pfennige je Stärkeprozent.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 9

Berlin, den 2. Februar 1931

## Hygiene der Frau.x

SPD. Nach den Erfahrungen aus der Praxis des Arztes werden das Wohlbe-  
finden der Frau und ihre Leistungsfähigkeit viel stärker von einer hygienischer  
Behandlung ihres Körpers beeinflusst, als man gemeinhin anzunehmen pflegt. Wie  
stark es im Kreise der Familie und auch im Berufsleben sich auswirkt, ob eine  
schaffende Frau sich wohl fühlt und zu einer gewissen Ausgeglichenheit gekom-  
men ist, oder ob sie durch körperliche Unzulänglichkeit gequält wird, das be-  
darf wohl keines Hinweises.

Sehr oft kommen diese körperlichen Schwierigkeiten aus einer Rücksichts-  
losigkeit gegenüber dem Schonungsbedürfnis des Körpers der Frau während der  
Menstruation. Zu dieser Zeit ist eine grosse Anzahl Frauen krank, je nachdem  
schwerer oder leichter, und die wenigen Frauen, die sich durch diese Tage in  
keiner Weise in ihrem Befinden gestört fühlen, sind zu selten, als dass sie  
das Bild, das sich dem Arzt erfahrungsgemäss bietet, grundlegend zu ändern ver-  
mögen. Obwohl die Menstruation an sich selbstverständlich ein normaler physio-  
logischer Prozess im Leben der Frau ist, verwischt sie die ohnehin schon nicht  
scharfe Abgrenzung vom Gesunden zum Kranken bei den einzelnen Individuen. Schor  
dass die Schmerzen während der Zeit so stark sein können, dass sie den Geburts-  
wehen verglichen werden können, dass Neigung zum Erbrechen, Kopfschmerzen, Migräne  
Magenstörungen, Verstopfung und Durchfall, Herzbeschwerden, ja, sogar Temperaturer-  
höhungen vorkommen, kennzeichnet diese Tage genügend. Diese Beschwerden, zu denen  
noch andere, besonders Anschwellung der Schilddrüse, kommen, wird jedermann für  
mehr als nur Gefühle des Unbehagens anerkennen. Zu diesem rein körperlichen Zu-  
stande kommt noch die seelische Verfassung. Starke Reizbarkeit, Tränenausbrüche  
und Empfindlichkeit gegenüber jedem vielleicht ganz harmlos geäusserten Worte  
kennzeichnen die kritische Stimmung. Manche Frauen leiden dabei an schweren  
Depressionen. Viele Frauen werden diese Schilderung in ihrem eigenen Erleben  
bestätigt finden und vielleicht aus der Erkenntnis heraus, wie vielen es genau  
so geht wie ihnen, die Kraft finden, dieser Stimmungen nach Möglichkeit Herr  
zu werden.

Es ist ja bekannt, dass freudige und traurige Ereignisse den Eintritt der  
Menstruation beschleunigen oder herausschieben können. Damit ist ihr seelischer  
Einfluss erwiesen, und die mildere Beurteilung der Gerichte von Straftaten, die  
während der Periode begangen wurden, beweist, wie sehr man die Einwirkungen der  
Periode auf Körper und Seele der Frau aufgrund langer Erfahrungen anerkennt.  
Leider gilt das nur für besondere Situationen, während der Alltag und die Frau  
selbst trotz ihrer Kenntnis der Lage immer noch versagen. Eine berufstätige  
Frau hat es natürlich besonders schwer, denn sie wird in heutiger Zeit kaum  
ihre Arbeit unterbrechen können; immerhin kann sie sich im allgemeinen durch  
eine Kollegin etwas mehr entlasten lassen, als das bisher geschieht. Und sie  
wie auch die im Haushalte tätige Frau hat die Möglichkeit, sich durch Schonung  
und frühzeitiges Zubettgehen vor Ueberanstrengung zu bewahren! Der Körper soll  
während der Zeit mindestens ebenso geschont werden wie bei einer anderen leich-  
ten Erkrankung, denn seine Widerstandskraft ist herabgesetzt; er ist allen In-  
fektionen von aussen, wie Erkältungen usw., leichter zugänglich als an normalen  
Tagen.

Eine normale Menstruation dauert im Durchschnitt 3 Tage. Eintägige oder

länger als 5 Tage dauernde Blutungen sollten Veranlassung geben, einen Arzt zu Rate zu ziehen. Das Durchschnittsalter für die Menstruation liegt zwischen dem 13. und etwa dem 50. Lebensjahr. Unregelmässige Blutungen während der Wechseljahre gehören niemals in dem Sinne zu dieser Zeit, dass sie in kürzeren Abständen als monatlich höchstens einmal auftreten. Stellen sich unregelmässige Blutungen während 4 Wochen ein, dann muss unbedingt eine ärztliche Untersuchung erfolgen.

Die monatliche Menstruation bedeutet eine Verwundung der Gebärmutter=schleimhaut und verbreitet daher den allen Absonderungen aus Wunden entsprechenden ziemlich starken Geruch. Um ihn zu bekämpfen, ist während dieser Zeit ganz besondere Sauberkeit anzuwenden. In den Köpfen vieler Frauen herrschen da auch heute noch mittelalterliche Vorstellungen. Es ist grundfalsch, anzunehmen, Waschungen und Wechseln von Wäsche während dieser Tage schädlich sein sollen! Im Gegenteil! Mit diesen von altersher überlieferten Vorstellungen muss endlich energisch aufgeräumt werden. Die Wäsche soll gewechselt werden, sobald sie irgendwie verunreinigt ist, und auch die Vorlagen sollen aus möglichst aufsaugendem Stoffe, weich und leicht sein und möglichst mehrere Male am Tage und auch Nachts gewechselt werden. Waschungen sollen Morgens und Abends mit zimmerwarmen Wasser vorgenommen werden. Wenn dann noch die Haut täglich eingepudert wird (das sollte unentbehrlich werden für jeden Menschen an jedem Tag), dann werden viele Beschwerden, Hautverunreinigungen und wundete Stellen, die zu Entzündungen und Infektionen neigen, vermieden. Sorgfältiges Waschen und Pudern von Stellen, an denen Hautfalten aneinander stossen, würde viel zum allgemeinen Wohlbefinden beitragen.

Bei Frauen sind auch Blasenkrankungen viel häufiger als bei Männern. Es muss darauf geachtet werden, dass nach dem Stuhlgang kein Kot, der Blasenentzündung verursachende Keime enthält, in die Blasenöffnung gelangen kann. Ausserdem wird das Entstehen von Blasenleiden bei Frauen durch die zu leichte Kleidung begünstigt, die zu Erkältungen des Unterleibes führt. Das ist natürlich immer eine Gefahrenquelle, besonders aber an den Tagen, die, wie oben erwähnt, eine besondere Krankheitsbereitschaft haben. Wer an starken Schmerzen leidet, der sollte auch versuchen, während der Menstruation diätetisch zu leben, d.h. nur leichte Speisen essen, für geregelten Stuhlgang sorgen und den Magen nicht überlasten. Sobald er die Möglichkeit hat, sollte er durch Wärmflaschen oder Heizkissen in gleichmässiger Wärme im Bette liegen. Schliesslich hat auch jede Frau durch die von den Aerzten verschriebenen schmerzlindernden Tabletten die Möglichkeit, sich ihren Zustand zu erleichtern, auch wenn sie im oder ausser dem Hause arbeiten muss.

Dr.B.

-----  
Lidia.<sup>X</sup>  
-----

SPD. Fröstelnd zog sie, die müde an der Quaimauer lehnte, den langbefransten schwarzen Schal enger um die schmalen Schultern. Ihr Blick war in die Ferne gerichtet, als wollte er den dicken Nebel durchdringen, der seit Tagen über den Lagunen lag. Nichts als ein paar flimmernde Lichter waren zu sehen, die an Bord des Kreuzers "Masa" brannten, der gestern aus Somalia angekommen war und nun weit draussen vor Anker lag. Die Matrosen hatten sich in der Stadt verstreut oder waren von ihren Angehörigen empfangen worden; Matrosen, die ihre zweieinhalb Jahre abgedient hatten und nun die Uniform auszogen und zu ihren bürgerlichen Berufen zurückkehrten. Einige blieben freiwillig, um zu avancieren; andere - es waren nur wenige - kamen nicht mehr zurück: sie waren der Malaria verfallen und ruhten fern, unter fremden Sternen, in fremder Erde gebettet oder in der Tiefe des Meeres.

Lidia stand noch immer reglos, ohne die Vorübergehenden zu beachten, die sie mit scheuen, neugierigen Blicken streiften. Da schreckte sie das langgedehnte Heulen einer Sirene auf. Wie lange hatte sie so gestanden? Und was wollte sie eigentlich hier in dieser trüben, feuchten Stadt, deren ewiger Ruhm sie angelockt hatte? Sie hatte sich, wie viele jener enttäuschten kleinen Provinzmädchen, in Venedig, der Stadt der Träume und der Liebe, das Glück erhofft. Seit drei Monaten versuchten sie nun vergebens, eine Stellung zu finden. Ihre kümmerlichen Ersparnisse waren verbraucht. Nun war sie obdachlos und hungrig. Dicht und undurchdringlich wie der Nebel auf den Lagunen umhüllte Verzweiflung ihr Herz, und langsam rannen Tränen über ihr blasses Gesicht.

"Kann ich Ihnen behilflich sein, Signorina?" fragte unverhofft eine Stimme.

Lidia wandte sich um: vor ihr stand ein junger Mann.

"Nein, danke, - es ist nichts".

Sie wollte davonlaufen. Aber er hielt sie zurück.

"So dürfen Sie nicht gehen! Ich begleite Sie", sagte er kurz.

Lidia gehorchte willenlos und gab dem Fremden auf seine herzlichen Fragen Antwort. Bald wusste er, dass sie eine Waise sei, aus der Provinz, und vergebens eine Stellung suchte.

"Wollen Sie mir die Freude machen und mit mir zu Abend essen? Ganz bescheiden nur, - ich bin kein Krösus."

Ein inniger Blick aus strahlend blauen Augen war die Antwort.

Sie wählten eins jener schmalen, langen Lokale, in dessen Schaufenster hundert verlockende Speisen standen, nicht zubereitet, zum Ausschauen. Beim Eintreten strömte ihnen Essensgeruch entgegen, und eine wohlige Wärme umfing sie. An einem Ecktisch nahmen sie Platz. Hier, im milden Lichte der Tischlampen aus buntem Muranoglas, sahen sie sich zum ersten Male unbefangen an. "Wie jung er ist!" dachte Lidia. "Vielleicht ein Jahr älter als ich, gerade so alt wie mein Bruder."

Er fand keine Zeit zu nachdenklichen Betrachtungen. Er bestellte, so schien es ihr, ein fürstliches Mahl: Spaghetti, in Oel gebackene Krebse, Obst und offenen roten Wein. Sie assen beide mit appetit, voll Hingebung, und sie lachten sich an, als seien sie alte Freunde. Ganz sonderbar wurde es ihm ums Herz, wenn er dem strahlenden, kindlichen Blick ihrer tiefblauen Augen begegnete. Kannte er nicht diesen Blick schon? Und das nordische Blond ihrer Haare? - Ach, Unsinn! Er war keinen Wein mehr gewöhnt!

Dann, beim Genuss einer Zigarette, war der Zeitpunkt gekommen, wo man ein wenig vertraulicher miteinander plauderte. Er heisse Augusto, erzählte er, und sei gestern mit der "Masa" aus Somalia zurückgekommen, als Matrose. Und nun fahre er heim, nach Asiago, wo seine Mutter wohne. Die wisse noch garnicht, dass er komme. Ueberhaupt, sie hatten auch nicht von ihrer Reise nach Somalia schreiben dürfen. - Eigentlich sei er Kupferschmied, sagte er.

Lidia war bei seiner Erzählung ganz traurig geworden. Er kehrt zurück, zu seiner Mutter, - morgen schon. Und sie selber? Was wird morgen aus ihr? Heisse Angst würgte ihr die Kehle, und ihre eben noch lustigen Augen füllten sich wieder mit Tränen. Wie durch einen Flor sah sie den jungen Fremden, das behagliche Lokal, die bunten Lampen, den roten Wein. In wildem Tanzte wirbelte alles in ihrem Kopfe, und ihr Herz krampfte sich in Angst vor dem Morgen zusammen, Angst vor dem Nichts, dem sie gegenüberstand.

Ob sie Blumen haben wolle, hörte sie Augusto wie aus weiter Ferne fragen. Blumen? ja, - oh! "Aber es gibt ja keine hier."

"Doch, an der Strassenecke habe er vorhin einen Blumenstand gesehen. Und ehe sich Lidia recht besann, war Augusto schon fort. Sein Hut und Mantel hing über einer Stuhllehne neben ihr.

Einen Augenblick später kam Augusto wieder und hielt einen grossen Strauss süsduftender gelber Narzissen in der Hand. Lidias Stuhl war leer. Er wartete. Dann fragte er den Kellner. Die Signorina sei fortgegangen, wurde ihm geantwortet. Wie ein Blitz traf es Augusto. Es schmerzte ihn, dass das schöne Erleb-

nis so unvermittelt enden sollte. Vielleicht schämte Lidia sich, die Einladung angenommen zu haben. Oder dachte sie schlecht von ihm?

Er liess sich die Rechnung bringen. Als er, den Mantel schon über die Schultern gehängt, bezahlen wollte, griff er in die leere Tasche. - Mit dem Mädchen war auch seine Briefftasche verschwunden. Augusto suchte alles Kleingeld zusammen, zahlte und verliess wie betäubt das Lokal.

Er war noch keine hundert Schritte gegangen, als Lidia hastig auf ihn zu kam. Bleich, zitternd, unfähig zu sprechen. Sie hielt seine geöffnete Brieftasche in Händen, aus der ihm die schwarzumrandete Photographie seines Freundes entgegensah, der draussen geblieben war, unter den fremden Sternen, - den die Malaria gefällt hatte. "Mein Bruder! mein einziger Bruder!" stammelte Lidia. Dann brach sie in verzweifelt Schluchzen aus.

Sie hatte nicht stehlen wollen... Eine überirdische Gewalt hatte sie gezwungen, die Tasche mit dem Bilde ihres Bruders zu ergreifen... Das Schicksal hatte sie ihr in die zitternde Hand gelegt...

Augusto strich über ihr blondes Haar. Aller Groll war verweht. Mit einem Male wusste er: es waren die Augen und das nordische Blond seines toten Freundes.

"Behalten Sie alles! - Auch das Geld", sagte er leise, "um das Andenken Ihres Bruders..."

Aber Lidia wehrte heftig ab und wollte davonlaufen.

"Nein, so dürfen Sie nicht gehen!" sagte er kurz und zog das Mädchen in seine Arme...

In der gleichen Nacht fuhren zwei jungemglückliche Menschen nach Asiago zu einer Mutter, die noch von nichts wusste - nicht, dass der Sohn, um den sie bangte, schon so nahe war; nicht, dass er eine Tochter in ihr vereinsamtes Haus brächte.

Thea Reimann.

-----  
Das Kinderfrühstück.<sup>x</sup>  
-----

Anni Weber, Arnsberg i./W.

SPD. So manche Mutter ist verzweifelt über die Appetitlosigkeit ihrer Kleinen am Morgen. Da wird immer wieder die Milchflasche zurückgeschoben und der Haferbrei mit Tränlein gesalzen. Vielleicht ist es das langweilige Einerlei des üblichen Kinderfrühstücks, das manchen Kindern die Freude am Essen nimmt. Ich will versuchen, zu zeigen, wie ich mit ganz einfachen Mitteln meinen Kindern den Frühstückstisch zu einer täglichen Freude machte und sie auf diese Art zu fröhlichem Appetit und heiterer Gesundheit brachte.

Milch ist gewiss das geeignetste Frühstücksgetränk; nur sind mancher Kinder schwer zu bewegen, warme Milch zu trinken. Gegen Kakao als regelmässiges Frühstücksgetränk sind die Aerzte mit Recht eingenommen, da Kakao die Verdauung hemmt. Ich trank während einer Stillzeit monatelang Sirupmilch mit bester Nährwirkung, und ohne ihrer überdrüssig zu werden. Seitdem trinken auch meine Kleinen mit grossem Genuss und bestem Erfolg alle Morgen ihre Tasse warme Sirupmilch. Man löst 1 bis 2 Teelöffel Sirup (Rübensaft) durch Umrühren in der Tasse auf, wodurch die Milch leicht bräunlich wird. Auch Kinder, die mit Zucker gesüsste Milch ablehnen, nehmen Sirupmilch gern, da sie nicht nur süss, sondern auch aromatisch wurde durch den Zusatz. Dass zudem die gesundheitlichen Vorzüge des Rohzuckers (Sirup), nämlich die in der Raffinade "ausgereinigten" Nährsalze, auf diese Weise dem Kinde zugute kommen, sei nur nebenbei bemerkt.

Auch als Brotaufstrich ist Sirup sehr beliebt und empfehlenswert und auch hier besser als weisser Zucker, den man zur Abwechslung aber auch ruhig einmal aufs Butterbrötchen streuen kann, da besonders kleine Kinder Zuckerbrot

gern essen. Beliebt und gesund ist auch Apfelbrot: ein saftiger Apfel, in Scheiben auf die Butterschnitte gelegt, ist appetit- und verdauungsanregend. Ein ausgemacht schlechter Esser darf als "Appetitschnittchen" ein frisches Brötchen mit Butter und wenigen darauf verstrichenen Tröpfchen Maggi bekommen. Das regt die Magensaftsekretion an, und nachher schmeckt das Frühstück noch einmal so gut. Statt des üblichen Haferschleims, den nur wenige Kinder gern essen, röste ich meinen Kindern in der offenen Pfanne 1/4 Pfund Haferflocken (Rapidflocken) mit etwas Butter und Zucker in 1 Minute goldbraun. Das ist ein köstliches Kinderfutter! Danach recken sich die Hälslein und werden die Finger geleckert.

Als kräftigeres Frühstücksbrot schmeckt den Kleinen Kräuterbutter (Pflanzenbutter mit feingeriebenem grünem Käse verknetet) besonders auf Schwarzbrot gut; auch Schmalzbrot, wenn das Schmalz (Schweine- oder Gänseeschmalz) mit Zwiebeln und Äpfeln ausgebraten ist. Sehr beliebt ist bei meinen Kindern sogenanntes "Backfett", der Rückstand des Palimns vom Pfannkuchenbacken, das den Geschmack des Backwerks aufgenommen hat und weich und gelb geworden ist. Auch ein paar Rosinen, zwischen Weissbrotbutterschnitten gestreut, geben ein beliebtes Frühstücksbrot. Im Frühjahr gibt's eine Kräuterkur bei uns, die sich auch beim Frühstück bemerkbar macht. Da gibt es gehackten Schnittlauch, gehackte Petersilie, Kresse, Radieschen als Brotbelag, auch in Butter oder weissen Sahnenkäse gemischt.

So kann man mit wenigen Mitteln und ohne grosse Ausgaben das Frühstück täglich zu einer rechten Kinderfreude gestalten. Es gehört nur ein wenig Phantasie dazu und ein liebevolles Zurückversetzen in die eigene Kinderzeit. Dann werden strahlende Augen, fleissige Mündlein und rote Wangen um unsern Tisch herum sein.

---

### Frauenselbstmorde.<sup>x</sup>

---

SPD. Wenn es auch eine alte Erfahrungstatsache ist, dass gerade beim Selbstmorde noch mehr als bei anderen menschlichen Handlungen die wirtschaftlichen Verhältnisse eine besonders gewichtige Rolle spielen, so ist es doch ebenso sicher, dass unter sonst ungefähr gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen die Selbstmordkurve der Frau anders verläuft als die des Mannes. Die sexuelle Einstellung der Frau und ihre körperliche Veranlagung spielen hier herein, sodass man von spezifisch weiblichen Selbstmordmotiven und -arten spricht. Auf dem ganzen grossen Gebiete der Selbstmorde aus Liebesmotiven hat die Frau die Führung. Dies tritt schon zutage bei den Selbstmordfällen, in denen Jugendliche im Entwicklungsalter beteiligt sind. Bei den Doppelsebstmorden aus diesem Motiv ist der jugendlichere Partner meist der männliche, der weibliche Partner ihm an Lebensjahren also überlegen, vielfach eine verheiratete Frau. Beim "Liebeselbstmord" in unzweifelhaften Fällen sind männliche Jugendliche mit nur 14,6 Prozent, weibliche mit 40 % beteiligt. Das erscheint ohne weiteres begreiflich, wenn man unter den Motiven neben nicht erwideter Liebe und Eifersucht auch "Folgen eines Verhältnisses" angegeben sieht. Auf die Entwicklungszeit allein kommen gegenüber 43,75 Prozent Knaben 75 Prozent Mädchen.

Besonders bemerkenswert ist das Geschlechtsverhältnis der Selbstmorde, speziell der sexuell oder doch erotisch orientierten, wenn man sie nach Rasse und Nation ausscheidet. Während in Deutschland die Selbstmordfälle der Frauen "aus unglücklicher Liebe und Eifersucht" die der Männer bei weitem überwiegen, kommen in Frankreich auf 50 Ehemänner, die sich aus Kummer über den Weggang ihrer Frauen, und auf 41 Witwer, die wegen des Todes ihrer Frauen sich das Leben genommen haben, nur 14 Frauen, die wegen Verlassen oder Tod des Gatten

Selbstmord begangen haben.

Ein bemerkenswertes Motiv des weiblichen Selbstmordes ist auch die Angst vor der Entdeckung des bereits erfolgten intimen Verkehrs. Die Selbstmorde von Bräuten unmittelbar vor der Hochzeit, von denen die Zeitungen des öfteren zu melden wissen, haben sehr oft diesen Beweggrund. Andererseits ist auch der Widerwillen gegen eine sexuelle Gemeinschaft in einer Anzahl von Fällen Selbstmordmotiv.

Während beim männlichen Geschlechte die Zahl der verheirateten Selbstmörder grösser ist als die der Ledigen, ist es beim weiblichen gerade umgekehrt. Der grössten Prozentsatz der Selbstmörderinnen stellt die Gruppe von Frauen, die den Schutz der Ehe entbehren: die unverheirateten, verwitweten, geschiedenen und verlassenen. Dabei neigen die letztgenannten drei Gruppen noch mehr zum Selbstmord als die erstgenannte. Daraus ergibt sich, dass der Ausfall des bereits wirksam gewordenen Ehelebens die Frau mehr zum Selbstmord disponiert als die gänzliche Ehelosigkeit. Doch spielt hier neben den sexuellen Verhältnissen auch das Gefühl, nach einer Zeit des verhältnismässigen Geborgenseins wieder allein im wirtschaftlichen Kampfe zu stehen, eine schwerwiegende Rolle.

Kinder sind ein gewisser Selbstmordschutz für die Mutter: in der Ehe begehen etwa dreimal so viele kinderlose Frauen Selbstmord, als Mütter. Auch nach der Auflösung der Ehe bleibt die Zahl der Selbstmörderinnen mit Kindern um die Hälfte gegen die der kinderlosen Frauen zurück.

E.S.=B.

---

SPD. Neumodische Kellnertracht.<sup>X</sup> Wir sind in Deutschland gewohnt, dass sich die Kellner in den Hotels dadurch kenntlich machen, dass sie feierlich schwarzgewandet erscheinen, meist in dem zweischössigen Frack, der sich sonst etwas überlebt haben dürfte als Herrentracht. Ein englisches Hotel, das grosse Kensington-Hotel in London, hat neuerdings seinen Kellnern vorgeschrieben, dass sie einen Schnurrbart zu tragen haben. Dadurch sind sie dann sofort als Kellner kenntlich, da die Gäste nach gegenwärtiger Mode durchweg bartlos sind.

---

SPD. Zunahme der Geburtenzahl in England.<sup>X</sup> In England befindet sich nach den neusten Ermittlungen die Geburtenziffer wieder im Anstieg. Im dritten Quartal des abgelaufenen Jahres wurden nach der Statistik fast 2 000 Kinder mehr geboren als im gleichen Quartal des Vorjahrs. Das könnte eine kürzlich aufgestellte ärztliche Theorie bestätigen, nach der die Geburtenziffern in Wellenbewegungen verlaufen, eine Zeitlang fallend, dann wieder ansteigend, sodass also ein zeitweiliger Abstieg nicht als Dauererscheinung gewertet zu werden braucht.

---

SPD. Schwierige Frage.<sup>X</sup> Professor Dr. Sauerbruch, der Leiter der chirurgischen Universitätsklinik in Berlin, fragte einmal eine Krankenschwester nach einer Operation: "Sagen Sie, Schwester, hat der Patient während seiner Fieberphantasien mit den Zähnen geknirscht?"

"Ich weiss nicht; da müsste ich Schwester Veronika mal fragen."

"Wieso? Ich denke, Sie hatten die Nachtwache?"

"Gewiss, Herr Professor. Aber die Zähne des Patienten lagen bei Schwester Veronika im Nebenzimmer in einem Wasserglase."

---

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 2. Februar 1931.

## Der Sprung ins Dunkel.<sup>x</sup>

SPD. Das war nicht mehr der gesunde Schlaf, der Hansen sein ganzes Leben lang gesegnet hatte. Hansen litt jetzt an Schlaflosigkeit, die er früher nicht gekannt hatte. Es galt nur, herauszufinden, welcher Zustand der normale war, der frühere oder der gegenwärtige. Aber es war ein knifflisches Exempel. Es gehörten Ueberlegungen dazu, die einem einfältigen alten Arbeiter fehlen. Wachliegend, an der Seite seiner Frau, überdachte er sein ausgelöschtes Zweckdasein; die Sorgengedanken flossen wie ein dunkler Strom daher, und Hansen fand keinen Absprung zum anderen Ufer.

Hansen war Holzfäller in den weiland königlichen, jetzt republikanischen Staatsforsten gewesen. In den Sommermonaten war das eine beneidenswert schöne Arbeit, wenn man sich mit dem Ausscheiden des Unterholzes oder mit dem Instandhalten der Wege und Pflanzgarten beschäftigte. Er brauchte nur die Augen zu schliessen, um den Wald wieder tief rauschen zu hören. Dafür wurde freilich auch wenig im Tagelohn verdient. Im Winter war die Arbeit hart, wenn man den meterhohen Schnee rings um die Bäume entfernen musste, ehe man die Säge an den Wurzelstock der mächtigen Eichen oder Buchen ansetzen konnte. Man kniete dabei in der Nässe, und doch perlte der Schweiss von den Gliedern vor Anstrengung. Sturm und Regen zwangen oft zu unwillkommenem Feiern, und diese Zeit erhielt man nicht bezahlt.

Das war es, was Hansen allabendlich vor dem Einschlafen beschäftigte. Es war die Frage, ob man vielleicht doch hätte sparen können, um in der Not etwas übrig zu haben, vielleicht das Pfeifenrauchen oder das Schnapstrinken einzustellen, was nun einmal mit zum Metier eines tüchtigen Holzfällers gehört. Er hatte diese Gewohnheiten auch so schon aufgeben müssen, seitdem er mehr als zwei Jahre arbeitslos war und die paar Groschen Krisenunterstützung nicht zum Notwendigsten reichen wollten. Freilich, wenn er gerade einmal ein Gläschen Nordhäuser angeboten erhielt, das brauchte er nicht abzuschlagen. Aber solche Wohltäter wurden immer seltener. Einzig der Bauer, bei dem Hansen für das karge Essen und etwas Futter für die Ziege scharwerkte, füllte ihm zum Frühstück den Buddel und schob ihm nach dem Mittagbrot den gefüllten Tabakkasten hin. Mehr als diese Dürftigkeit empfand Hansen den Verlust seiner gewohnten Arbeit. Jetzt wollte man den mit Gicht geplagten Alten überhaupt nicht mehr im Forst haben. Es gab genug junge Menschen, die gern im Winter beim Baumfällen schafften.

Früher heizten Hansens fast ausschliesslich mit Holz, das seine Frau auf dem Rücken nach Hause trug. Davon hatte sie auch den krummen Buckel bekommen. Es war gutes Holz gewesen, denn, wenn man an der Quelle sitzt, braucht man nicht das schlechteste zu nehmen. Der Förster muckte nur auf, wenn die Weiber zwei- und dreimal am Tage kamen, falls der Schlag nicht zu weit vom Dorf entfernt lag. Hansen musste sich seit langem mit stückiger Braunkohle begnügen, die nie hell brannte, und die schwelte, wenn sie nicht gut ausgetrocknet war. Sein Bauer hatte ihm eine Fuhre davon im Sommer eingefahren.

Hansen lag wach, und seine Gedanken gingen ihren beschwerten Weg. Es roch förmlich nach dumpfen Kohlen, die hinter dem Ofen trockneten, wo früher Holz aufgeschichtet gelegen hatte. Er horchte auf die Atemzüge seiner Frau, die sich ruhig im Bette bewegte. Es schien ihm, als ob der Schlaf ihn heute über-



fallen wollte als ein gewalttätiger Feind, der einem mit der Faust die Kehle zusammenpresst. Die Gedanken wuchsen wie aus einem dichten Nebel heraus; sie waren voll quälender Vorwürfe. Hansen wünschte fast, dass das alles ein Ende haben möchte je früher, je besser. Die Zeit bot keine Hoffnung mehr, dass es noch einmal anders werden wollte.

Auf der Schwelle zwischen Schlaf und Wachsein sah Hansen wieder die mächtigen Bäume im Walde unter den Schlägen seiner Axt splintern und niederstürzen, im Falle noch alles mit sich reissend, was ihnen im Wege stand. Schweissgebadet riss er sich jäh aus diesem Traume los, der die letzte Kraft aus seinem müden Körper zog. Er schob das dichte Federbett von seiner Brust weg, das ihn zu ersticken drohte. Deutlich fühlte er, wie eine ganze Wolke von Kohlendunst über ihm schwebte. Man konnte sie förmlich greifen; so dicht war sie. Die Kohlen dünsteten hinter dem Ofen; sie entwickelten Gase. Hansen wusste und hatte es oft gelesen, dass dies ganz langsam vor sich ging, das Sterben im Kohlengas. Man schlief still dabei ein.

Schon wollte sich der alte Mann zufrieden in sein Kissen zurücklegen, dem Schicksal ergeben, das vielleicht in dieser Nacht die Uhr seines Lebens anhielt. Plötzlich glaubte er ein leises Röcheln nebenan zu hören. Seine Frau stöhnte im Schlaf; das Gas schien sie schon zu beunruhigen. Da sprang ein Funke des Bewusstseins klar in Hansen auf, der die Situation vollständig veränderte. Es war Mord, was Hansen verübte, glatter, abscheulicher Mord, wenn er jetzt nicht aufstand und das Fenster öffnete. So schleppte er sich mit Aufbietung aller Kräfte zum Fenster und riss es auf.

Die Luft in der Stube wurde allmählich reiner, Hansen schlief darüber ein. Am nächsten Morgen klagte seine Frau über Kopfschmerzen, und ihm selbst war nicht wohl zu Mute. Sie schalt, dass er die Nacht über das Fenster offen gelassen hätte. Hansen schwieg und beugte ein wenig tiefer den Rücken. Der Sprung ins Dunkel war aufgegeben.

Friedrich Natteroth.

---

### Reiseeindrücke aus Sowjetrussland.<sup>x</sup>

---

SPD. Endlich sind wir nun also in der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken angelangt, in einer verlassenem Ecke des europäischen Russland; am äussersten östlichen Ende des Schwarzen Meeres. Schwer genug hatte das gehalten. Zunächst war unsrer kleinen wissenschaftlichen Excursionsgesellschaft von der Sowjetbotschaft in Berlin die Einreise verweigert worden. Erst später in Konstantinopel konnten wir es durchsetzen, die Heimreise von unsrer Forschungsfahrt in Kleinasien durch sowjetrussisches Gebiet machen zu dürfen.

Der Name Sowjetrussland hat einen besonderen Klang. Bekenntnis und Propaganda zugleich liegen in diesem Worte; Sympathie oder Ablehnung erwachen zum mindesten gefühlsmässig in jedem Menschen, sobald er zum ersten Male die rote Fahne als staatliches Hoheitszeichen anerkennen muss, die Gestalt Lenins auf Denkmälern, in Amtsstuben und Wohnungen zum Vorbild erhoben sieht und sich den Anordnungen eines Mannes in Arbeitskittel und Mütze fügen muss, Deshalb haben die offiziellen Führungen und die vom Staate behüteten Reisen des "Intourist" so wenig Sinn, weil dabei die selbständige Kritik, die Stellungnahme des Einzelnen zu dem freiwillig und ohne Auslese Gesehenen verhindert wird. Leider sperrt sich dieses interessanteste Land Europas noch heute gegen die offenen Blicke der übrigen Welt ab. Was sich in der viel zu kurzen Zeit meines Aufenthaltes in Sowjetrussland sehen konnte, ist nur ein aus kaleidoskopischer Vielfältigkeit zusammengesetztes Bild einzelner Momente, die in der Öffentlichkeit sichtbar sind. Trotzdem scheint es mir der Wiedergabe wert zu sein, weil ich es unbeeinflusst und ohne Druck aufgenommen habe.

Als wir von den Anstrengungen der grässlichen Dampferfahrt am vorhergegangenen Tage in unserm Zeltlager bei Batum am späten Morgen erwachen, scheint die gleiche Sonne zu uns herein, rauschen die gleichen Wellen des Schwarzen Meeres am Ufer und wölbt sich der gleiche blaue Himmel über uns, wie in all den anderen Lagern vorher im Reiche Kemal Paschas. Doch schon nach wenigen Schritten ins Freie zeigt sich der Kontrast. Hier rennen nicht mehr tief verschleierte, in bunte Tücher gehüllte Frauen zur Arbeit, sondern Mädels und Frauen gehen in kurzen, bunten Kleidern nach dem Badestrande. Viele tragen rote Kopftücher; fast alle haben kurzgeschnittenes Haar und sind dick geschminkt und gepudert. Sie drücken sich nicht mehr an den Strassenrand, wenn sie uns kommen sehen, sondern lachen uns froh und herausfordernd an, als wollten sie sagen: "Was wollt ihr komischen Kerle denn hier in euren abgeschnittenen Lederhosen?" Für uns ist dieser Gegensatz zwischen gestern und heute so stark, als wären wir von einem Erdteil zu einem anderen gesprungen. Dieser Eindruck verstärkt sich noch am Strande, wo Männer und Frauen gemeinsam baden, einige sogar nackt, während wenige Wegstunden entfernt die Frau noch heute von der Oeffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Von der Strandpromenade führt der Weg durch die ehemaligen Viertel der Reichen, an grossen Villen vorbei, die heute zum grössten Teil von öffentlichen Behörden, Beamten oder Kinderheimen bewohnt werden. Die Gärten sind in Unordnung, Fensterscheiben zerbrochen, manche Mauer bröckelt ab, weil niemand sich darum kümmert. Ich rechtfertige das Gras auf dem Pflaster, den Anblick der Leere und Oede gegenüber den spöttelnden Bemerkungen meiner Begleiter damit, dass hier früher nur die geringe Minderheit geschwelgt hat, während es jetzt allen Menschen, Arbeitern, Bauern und Fabrikdirektoren, gut gehen soll. Hätte ich gewusst, was später kam, ich hätte mich in kluges Stillschweigen gehüllt.

Ueber die militärisch bewachte Eisenbahnlinie nach Tiflis kommen wir in die innere Stadt, in die Wohnquartiere der Arbeiter, in das Geschäftsviertel. Wir gehen zuerst in den Basar der Altstadt. Hier ist auch äusserlich die alte Zeit noch am deutlichsten. Hier versammeln sich die Bauern aus der Umgegend, aus den Tälern des Kaukasus, manche in schwarzen Russenkitteln und hohen Schaftstiefeln, andere noch mit den engen Hosen und weiten Turbanen der Kleinasiaten. Dazwischen drängen sich Arbeiterfrauen, ausgemergelte Gestalten oder vom Alter unförmig aufgeschwemmte Körper. Aber was diesen Markt so sonderbar macht, das ist das erbitterte Feilschen und Handeln, das Streiten um jeden Gegenstand. Dabei kehren die Meisten mit leeren Taschen heim. Eine deutsch sprechende Frau, der wir am Strande einen Laib türkisches Weissbrot geschenkt hatten, als sie uns mit allzu hungrigen Augen angeblickt hatte, fragten wir, ob dieser Handel nicht organisiert sei, und woher die Hausfrauen ihre Lebensmittel bezögen. Wir hatten schon auf dem Wege hierher beobachtet, dass viele Läden geschlossen waren und die geöffneten fast alle dem staatlichen Konsumverein gehörten. Bei denen wieder war es auffällig, dass manche ganz leer waren, während andere einen solchen Andrang hatten, dass die Leute bis weit in die Strasse hinein Schlange standen. Nun erklärte uns diese Frau ihre Nahrungsmittelversorgung: In den Kooperativläden gibt es alles auf Karten, die in beschränkter Zahl an die Arbeiter und Angestellten abgegeben werden. Bei dem herrschenden Warenmangel können aber selbst diese berechtigten Ansprüche nicht befriedigt werden. Daher der Ansturm auf solche Läden, die gerade eine neue Sendung erhalten haben, und die Leere in den anderen, weil nichts da ist.

Nur in dem alten Basar ist noch ein kümmerlicher Freihandel erhalten geblieben. Die Bauern verkaufen, was sie sich selbst am Munde abgespart haben, und verlangen dafür natürlich Wucherpreise. So kostet ein Pfund Weissbrot bei ihnen 80 Kopeken (1 Rubel gleich 2 Mark), während das allerdings scheussliche Schwarzbrot auf Karten " nur 6 Kopeken kostet. Ebenso ist's mit Kleidern, soweit sie überhaupt zu haben sind. Während man auf Bezugsschein ein Paar Schuhe für 24 Rubel erhält, kosten sie im Freihandel 120 Rubel. Ein einfachstes

Mittagessen im Restaurant kostet 2 bis 3 Rubel; nur der von der Fabrik mit Vorzugsschein Ausgestattete erhält es für einen Rubel. Das ist der Alltag des russischen Arbeiters. Wer nicht durch politische Tätigkeit und persönliche Verbindung zu den Privilegierten gehört, der kann sehen, wie er sich durchhungert, und sich glücklich schätzen, wenn er ein Loch zum Wohnen hat. In den engen Hafengassen haben wir selbst als gross bezeichnete Wohnungen gesehen, in denen oft viele Personen in einem Zimmer hausen mussten. Von Licht, Luft und Geräumigkeit garnicht zu sprechen. "Ja", antwortete ein Arbeiter unserm russisch sprechenden Freunde, "Arbeit haben wir genug. Aber was bekommen wir dafür? Wertlose Scheine und schöne Versprechungen." Beschämt ging ich nach diesem Ausflug ins Sowjetparadies durch die ehemaligen Strassen des Reichtums zurück nach unserm Lager. Heute sitzen in den Villen Kommissare, Aemter und Klubs, die kommunistische Pamphlete verbreiten. Von Haus zu Haus spannen sich riesengrosse Transparente mit Inschriften aus dem Fünfjahresplan. Wo aber bleibt der Segen der ausbeutungsfreien Gesellschaft? Oder steckt eine neue, veränderte Unterdrückung dahinter?

Carly Rambler.

Dostojewski.<sup>x</sup>

(Zum 50. Todestage des Dichters am 9. Februar.)

SPD. Dostojewski lesen heisst, in etwas Fremdem und Rätselvollen, in einem Urelement untertauchen. Du fühlst: hier spricht ein Mensch der Gegenwart, einer, der die Gründe und Abgründe der Seele kennt, der in die tiefsten Tiefen des Unbewussten eindringt und mit messerscharfem Verstande jeder logischen Aufgabe Herr wird, und zugleich spürst du: er lebt auf einem andern Stern, er arbeitet mit anderen Massen und Werten als wir; er verachtet, was wir lieben, und liebt, was schon unsern Vorvätern gleichgültig ward. Woher kommt das? Wo steckt der Schlüssel zu diesem Anderssein? Die Antwort lautet kurz: Russland, und genauer ausgeführt: Orient und Okzident, Europa und Asien, klassischer Humanismus und slawische Erdgebundenheit, moderner Sozialismus und Urchristentum. In der Verbindung dieses Gegensätzlichen, dass er alle Gaben des Westens entgegennahm, um sie wieder als wesensfremd aus seinem Blute auszustossen und sich gläubig, demütig zum Osten zu bekehren, ist das Wunder "Dostojewski" beschlossen, und das konnte sich nirgendwo anders begeben als im alten zaristischen Russland zwischen 1820 und 1880.

Während dieser zwei Menschenalter drängte sich im Zarenreiche zusammen, wozu das eigentliche Europa viele Jahrhunderte gebraucht hatte: Kapitalismus und Industrie hielten ihren Einzug; Bergwerke, Fabriken und Eisenbahnen entstanden; bürgerliches Denken schlug mitten im agrarischen Boden Wurzel. Man begann, die Leibeigenschaft der Bauern, diese wichtigste Grundlage des feudals-patriarchalischen Regimes, als schweres Hindernis der angestrebten Industrialisierung zu empfinden, und unter Kämpfen und Krämpfen kam es zu einer unzulänglichen, niemanden befriedigenden "Bauernbefreiung" (1861). Man sah, seitdem man in den Napoleonischen Kriegen Frankreich und Deutschland kennen gelernt hatte, gespannt und neiderfüllt nach diesen Zentren eines neuen Geistes, und immer wieder standen unter den Beamten und Offizieren Leute auf, die den fremden Ideen durch Wort oder Tat Eingang verschaffen wollten. Man begeisterte sich an Liberalismus und Sozialismus; man debattierte, agitierte und schürte unterirdisch; man beantwortete den Druck der Gewalt mit Putschen und Attentaten; - aber zu Füssen derer, die so schwärmten, die sich in glühendem Fanatismus für ein fernes Ideal hinopfert, dehnte sich dumpf und kaum berührt, kirchen- und zarentreu die Millionenmasse der Bauern, und in ihr schien "Mütterchen Russland" der Handvoll Neuerer lächelnd zu spotten. Hier war ein

Riesiges, Ungeheures von unvorstellbaren Ausmassen: was sollten demgegenüber Widerstand und Reform? Es konnte jeden zerbrechen, jeden vernichten und bewies, indem es zermalmte, erst recht seine Grösse - Dostojewski jedenfalls hat sie erfahren und mit Inbrunst verehrt; vor dieser Offenbarung mussten alle Leistungen und Gedanken des Westens als wesenlos versinken.

Was wir hier meinen, war die grosse Katastrophe von Dostojewskis Leben: nachdem er den aberwitzigen Geiz eines trunksüchtigen und gemeinen Vaters erfahren, nachdem er sich durch technische und politische Studien, durch böse Schulden und Berufssorgen schlecht und recht durchgeschlagen, verurteilte ihn der Zar wegen Teilnahme an einer nihilistischen Verschwörung zum Tode und begnadigte ihn erst, als er schon, das Ende unmittelbar vor Augen, angebunden am Pfahle stand. Diese Augenblicke zwischen Jenseits und Diesseits und das neue Leben waren ein Geschenk des Kaisers, ein Geschenk Allrusslands. Unter dem Gesichtswinkel der Ewigkeit sah Dostojewski fortan alles, was ihm begegnete: vier Jahre Zwangsarbeit im "Totenhaus" unter Verbrechern und Gezeichneten, die doch, trotz allem, "Menschenbrüder" sind; sibirisches Zwangsdomozil und Verbanntendasein in Deutschland, Frankreich, England und Italien; junge Ehehölle und spätes, verdämmerndes Eheglück; Hunger, Lohnschreiberei und Rausch der Dichtung; Spielwut und die ekstatischen Zusammenbrüche der Epilepsie. Leid über Leid, gewiss, und fressende Dämonen; aber es waren lauter Stürme, damit sich unter Donner und Blitz Gott nur desto herrlicher offenbare, und hinter düsterem Gewölk sah Dostojewski, der schmerzgejagte, qualverzernte, den Himmel offen.

Vielleicht versteht man jetzt, warum alle Romane Dostojewskis aus einer Wirklichkeit, die von Anschaulichkeit und handgreiflichen Greueln birst, ins Ewige hinüberweisen, warum seine Menschen von Katastrophe zu Katastrophe, von Leidenschaft zu Leidenschaft hetzen und doch im Urgrund ihres Seins dem Göttlichen verhaftet sind, und sei's auch in dessen Umkehrung, dem Teuflischen. Da haben wir Raskolnikow, den Helden von "Schuld und Sühne" (1865), den Mörder aus kalter, verstandesdürerer Ueberlegung, der sich über eine Seelenzerfaserung sondergleichen hinüber zu Busse, Mitleid und endlich zur allverzeihenden Liebe hinfindet. Da haben wir die Insassen des "Totenhauses" (1862), diese Elenden und Verlorenen, denen Verbrechen und Gemeinheit doch nur ein Abweg ist von der gottgezeichneten Bahn; haben die von allen Fiebern des Nihilismus geschüttelten, von politischer Ekstase überschäumenden "Dämonen" (1872); haben den Fürsten Mischkin, den "Idioten" (1868), der von der "heiligen Krankheit", der Epilepsie, kommt und in ihr wieder untertaucht und hinter diesen Dämmererschleiern des Bewusstseins als der wahrhaft Gütige erscheint; und haben vor allem das Pandämonium der "Brüder Karamasoff", das an Begierden, Gegensätzen und Erlösungswillen so reich ist wie Dostojewski selbst. Wie er sich immer wieder von Doppelgängern verfolgt, geäfft sah, so verteilte er die Widersprüche seines Wesens auf den greulichen Alten, auf den uselig verstandeshellen Iwan und dessen anderes Ich Smerdjakoff, auf den jähzornigen Dmitrij und die beiden übermenschlichen Urchristen Aljoscha und Sossima. Sie alle sind Dostojewski selbst, eingefangen in Stunden des Grauens und der Erhebung, und darum sprechen sie zu uns mit eindringlicher, unentrinnbarer Gewalt.

Ein grosser Zauberer und ein grosser Künstler, wenn er auch nicht baut und meisselt, sondern vulkanisch Felsblöcke herausschleudert, so reisst Dostojewski jeden Leser an sich, zwingt ihn als Seelenkürer, Wirklichkeitsmaler und Prophet in seinen Bann und macht ihn ob der Schöpferfülle seiner Welt atemlos staunen. Die Naturalisten der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bewunderten ebenso seine Kraft, alle Höllen des Daseins schonungslos zu öffnen, wie die Expressionisten der Kriegszeit in ihm die Erfüllung ihres Strebens sahen, vom Seelenkern und nicht von der Oberfläche her künstlerisch zu gestalten. Der Deutsche erhielt ebenso wie der Franzose und Engländer durch Dostojewski die Offenbarung "Russland!" Ein Urmensch, ein "Proletarier der Feder", ein Bruder der Primitivsten und der Kompliziertesten, der "Erniedrigten

und Beleidigten\* spricht durch seinen Mund -- aber so wahr das ist, so wenig gleicht Dostojewski uns selbst. Wir kennen nicht seinen Fatalismus und nicht seine gebrochene Demut, nicht seine nationale Enge und seine konservative Verrantheit; wir wollen vorwärts, nicht zurück. Die Visionen, die Dostojewski weckt, berücken, aber sie verrücken auch; so süß sein Gift ist, so gewiss ist es ein zum Dunkeln lockendes Rauschgift.

Alfred Kleinberg.

-----  
Moritz von Schwind und seine Zeitgenossen.\*  
-----

SPD. Erst in neuerer Zeit wurde der eigentliche Inhalt der Werke unsrer romantischen Maler wahrhaft entdeckt. Gewiss verkannte man sie nicht zu Lebzeiten, aber man verstand sie nur teilweise, und schliesslich verdrängte der pathetische und verlogene Historizismus in der Malerei die stilleren Werte dieser Darstellungen aus dem Gesichtskreise der Zeitgenossen.

Die Neuentdeckung brachte eine grosse Ueberraschung. Tatsächlich sah man nun echte Gemütstiefe, eine gesunde Märchenphantasie und eine ernsthaft innige Empfindung. Nur schloss man durchweg falsch auf die dahinter stehenden Persönlichkeiten. Man glaubt immer noch annehmen zu müssen, dass sie vollkommen weltfremde Menschen und allein deshalb zur Darstellung ihrer Märchenwelten befähigt gewesen sind. In Wirklichkeit ist dies jedoch sehr selten der Fall. Ganz besonders bei dem vor 60 Jahren - am 8. Februar 1871 - verstorbenen Moritz von Schwind trifft das gerade Gegenteil zu. Er war wie sein Wiener Jugendfreund Franz Schubert ein Kraftmensch von süddeutscher Derbheit, der neben seiner unverdorbenen poetischen Empfindung auch in seinen persönlichen Aeusserungen nicht eine frische Natürlichkeit verleugnete. Man muss seine Werke deshalb auch historisch verstehen lernen, nämlich als echte Kunst eines Volkssohnes, der das unverfälschte Volkslied liebte und mit seiner Ansicht über die Gekünsteltheit und Anmassung seiner Zeitgenossen nicht hinter dem Berge hielt. Die besten Zeugnisse hierfür sind die überlieferten zahlreichen verbürgten Anekdoten. Schon die bekannteste, eine Auseinandersetzung mit dem König Ludwig von Bayern, zeigt in der ironischen Mundfertigkeit den ganzen Mann. Der König, der ähnliche dilettantische Neigungen zu den Künsten wie Wilhelm der Letzte hatte, war mit Schwind's Gemälde "Der Rhein" nicht einverstanden, weil der Flussgott eine Geige trug. Er meinte, eine Lyra sei eher angebracht, weil der Flussgott doch eigentlich ein Grieche sei. Schlagfertig folgte sofort die Antwort des Malers: "Jesus, da bin i vielleicht a aner. Und i woass nix davon?"

Wesentlich schärfer ist Schwind's Urteil über seine allzu berühmten künstlerischen Zeitgenossen. Sympathisch wirkt bei aller Ungenierteit aber der immer mitschwingende humorvolle Unterton. In München, wo Schwind mit Piloty in einem Hause sein Atelier hatte, war er sich über den Wert der Kunstwelt dieses Historienmalers, den er als Menschen schätzte, durchaus im Klaren. Als Piloty einmal in seinem Atelier ein neues Bild ausstellte, drängten sich derart die Besucher, dass Schwind durch den Lärm über seinem Atelier gestört wurde. Schliesslich ging er ungeduldig auf die Treppe und fragte einen herabkommenden Besucher: "Sag'n S', was is denn da droben schon wieder für ein Unglück g'schehn?" Ein anderes Bild Pilotys "Nero auf den Ruinen Roms", musste er sehr gegen seinen Willen auf Veranlassung einiger Freunde betrachten. Lange stand er schweigend davor. Endlich meinte er, mit einem Hinweis auf ein glimmendes Stück Holz im Vordergrund des Gemäldes: "A so a Scheit möcht i mola können." Eine echte Malermeinung, die erst sehr viel später ihren tieferen Sinn erhielt.

Die Hohlheit der ganzen Historienmalerei seiner Epoche erkannte Schwind deutlich. Vor den Riesenschinken des ihm befreundeten Piloty blieb er mit seine

Meinung noch in den Grenzen der Höflichkeit. In anderen Fällen jedoch sagte er unverblümt und derb, was er meinte. Als er einst in das Atelier eines Kollegen geführt wurde, um die Skizze eines Gemäldes, die Sintflut darstellend, zu begutachten, sagte er nach einer Weile nachdenklich: "Ah, das freut, das freut mich wirklich." Der geschmeichelte Kollege erwiderte: "Im Ernst, Herr Professor? Worauf Schwind lächelnd zur Antwort gab: "Ganz im Ernst, Es freut mich wirklich, dass das Luderzeug da alles versaufen muss."

Seine eigene Natürlichkeit kommt schliesslich indirekt in einer Meinung zum Ausdruck, als man vor ihm die "hohen Gedanken" rühmte, die in einem Historienbilde von Karl Friedrich Lessing niedergelegt seien. Geradezu bissig wetterte Schwind dagegen los: "Was hohe? Was Gedanken? - Der Kerl hat Blähungen im Gehirn, und das halten die Leute für Gedanken!"

Dr.O.Brattskoven.

---

SPD.Internationales Arbeitersängerfest in Budapest. Der Ungarländische Arbeiter-Sängerbund will Pfingsten 1932 sein fünfundzwanzigjähriges Bestehen durch ein dreitägiges Internationales Jubiläums-Sängerfest begehen. Zur Teilnahme an dieser Veranstaltung sind alle sozialistischen Arbeiter-Gesangvereine der Welt, ganz besonders auch die deutschen, eingeladen. Jedem ausländischen Gesangverein soll Gelegenheit zu selbständigem Auftreten geboten werden. Für grösste Niedrighaltung der notwendigen finanziellen Aufwendungen (Fahrpreisermässigung, billige und dabei gute Unterkunft und Verpflegung usw.) soll Sorge getragen werden. Angesichts der politischen und kulturellen Verhältnisse in Ungarn wird das Fest eine besonders grosse Bedeutung für die Arbeiterkulturbewegung gewinnen, und der Ungarländische Arbeiter-Sängerbund (Budapest VII, Aréna = ut 68) erwartet deshalb schon möglichst bald recht zahlreiche Anmeldungen zur Teilnahme an dem Feste.

---

SPD.Ein Vorschlag zur Güte.<sup>x</sup> Der Musikclown Robins fuhr einmal durch Mittelamerika. In seinem Abteil sass ein dicker Mann, der gar bald in tiefen Schlaf verfiel und laut zu schnarchen begann. Robins imitierte einen Trompetenschall. Der dicke Schnarcher erwachte. Robins sah ihn drohend an: "Haben Sie Geld?" fragte er. Der Dicke erschrak und erwiderte ängstlich: "Ja." Robins forschte weiter: "Wieviel?" Der Dicke zog zähneklappernd die Brieftasche und zählte nach. "Siebenhundert Dollar", gab er bleich zur Antwort. "Dann will ich Ihnen mal was sagen", meinte Robins. "Wenn ich so viel Geld hätte, würde ich mir ein Sonderabteil nehmen, damit ich andere ehrbare Reisende nicht mit meinem Geschnarche zur Verzweiflung brächte....."

---

SPD.Treffende Kritik.<sup>x</sup> Beim Sechstagerennen machte ein Besucher fortwährend laute kritische Bemerkungen über den Fahrer B. Dieser ärgerte sich wütend darüber und begab sich bei der ersten Gelegenheit zu dem Herrn, um ihm den Kopf zu waschen: "Sagense ma, wat meckern Sie eijentlich hier immazu über mich? Sind Sie een Sechstagefahrer, oder bin ick es?"

"Keena von uns zwee beeden", erwiderte der Sportsachverständige.

---

# Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 2. Februar (Eig. Ber)

Im Preussischen Landtag wurde am Montag die Aussprache über den Wohlfahrtsetat fortgesetzt.

Abg. Frau Wachenheim (Soz.) : Wir führen den Ausbau der Wohlfahrtspflege auf die Ideen der Arbeiterschaft zurück, die sich in der Nachkriegszeit durchsetzten. Aber wir sehen auch für sie Gefahren, wenn nicht Lohnhöhe und Schutz der Arbeiter in der Sozialversicherung erhalten bleiben. Sie droht zur früheren Armenpflege herabzusinken. Man kann nicht, wie die Deutschnationalen, hier einige Tausend Mark Erhöhungen beantragen und draussen zusammen mit den Vereinigten Stahlwerken gegen Arbeiterlohn und Sozialversicherung kämpfen. (Sehr wahr! b.d. Soz.)

Die Rechte macht den Ypungplan für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Die wirtschaftliche Entwicklung aber zeigt, dass nach dem 14. September nicht allein der Wahlerfolg der Nationalsozialisten, sondern die demütige Liebe von Deutschnationalen und Volkspartei zu den Nazis an der Steigerung der Krise die Schuld tragen. Seit dem 14. September sind 1.75 Milliarden an Krediten vom Ausland zurückgezogen oder als deutsches Kapital abgewandert. Angesichts dieser politischen Hintergründe der Wirtschaftskrise verfolgen wir weiter die Politik des Friedens, diener allein die Arbeitslosigkeit mit Erfolg bekämpfen kann. (Sehr gut! b.d. Soz.)

Während die Deutschnationalen offen gegen die Arbeitslosenversicherung kämpfen, versuchen die Nazis im Lande ihre sozialreaktionären Ideen theoretisch zu verbrämen. Sie lehnen Sozialversicherung und Wohlfahrt ab, weil sie nur den Schutz der Gesunden wollen. Im Badischen Landtag hat der Abg. Merk mit dieser Begründung ausdrücklich die Fürsorge für Süchtige und unheilbar Kranke abgelehnt. (Hört! Hört! b.d. Soz.) Hier beweisen die leeren Bänke der Nazis, dass sie an der Volkswohlfahrt kein Interesse haben. Nach Herrn Rosenberg im "Völkischen Beobachter" soll das sogenannte Untermenschentum zugunsten einer reinrassigen Herrenschaft verschwinden. Die Idealzeit der Nazis ist offenbar die Kaiserzeit, in der ein Fünftel aller Neugeborenen im ersten Lebensjahre starb. Es ist das Verdienst der Republik, die Säuglingssterblichkeit beinahe auf die Hälfte der Vorkriegszeit herabgedrückt zu haben. Zu dieser Politik der Erhaltung alles Lebens bekennen wir uns. (Sehr wahr! b.d. Soz.) Im "Völkischen Beobachter" schreibt Herr Rosenberg zwar vom "mythischen Erlebnis des Krieges". Der Krieg vernichtet die Gesunden. Minister Dr. Frick hat sein mythisches Kriegserlebnis allerdings in Pirmasens gehabt. (Hört! Hört! b.d. Soz.) Die Parole der Nazis sollte also lauten: Untermenschen an die Front und Herrenmenschen nach Pirmasens! (Sehr gut! b.d. Soz.)

Gegenwärtig wird die Wohlfahrtspflege mehr von der wirtschaftlichen Gefahr als von der politischen Krise bedroht. 800 000 bis 900 000 Wohlfahrtserwerbslose müssen von den Gemeinden unterstützt werden und im Laufe des Jahres wird die Zahl auf  $1\frac{1}{2}$  Million steigen. Das Reich hat die Summe für die Krisenfürsorge auf 450 Millionen beschränkt, aber die Gemeinden werden 800 Millionen gebrauchen. Die Kommunisten haben gegen uns eine Broschüre mit dem geschmacklosen Titel "Judas Arbeiterwohlfahrt" herausgegeben. Ihnen sei gesagt, dass wir jeden als Verräter der Arbeiterklasse ansehen, der den Gemeinden die Mittel für die Wohlfahrtserwerbslosen verweigert. (Sehr wahr! b.d. Soz. - Lärm b.d. Komm.)

Der Staat hat die Aufgabe, die vorbeugende Fürsorge soweit wie möglich zu erhalten. Wir wollen die Fonds dafür im Etat erhöhen. In der Frage der Rückstattung wünschen wir für alle Hilfsbedürftigen ein ebenso weitherziges Verfahren wie bei den Kleinrentnern. Minderbemittelte Tuberkulöse und Geschlechts-

krankte sollten davon ausgenommen sein. Das vom Deutschen Städtetag aufgeführte Aufenthaltsprinzip bedauern wir. Der Unterstützungswohnsitz sollte mit dem Untertanenstaat verschwunden sein.

Gegen die Uebertragung der Aufgaben der öffentlichen Fürsorge an freie Verbände haben wir die grössten Bedenken. Die Erfahrungen zeigen z.B., dass die Einzelvormundschaft gegenüber der Amtsvormundschaft ungenügend ist. Gegenüber allen Angriffen auf die Organisation der öffentlichen Wohlfahrt und allen Hinweisen auf die angeblich wertvollere freie Liebestätigkeit antworten wir, dass man dem einzelnen Menschen nichts Höheres geben kann, als das Recht auf Hilfe des Staates. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Den Vorwurf der religiösen Intoleranz gegen die Kinderfreundebewegung weisen wir zurück. Aber man sollte auch ihr mit Toleranz entgegenkommen, selbst wenn sie sich einmal auf einer Insel isolieren sollte. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Ein Antrag der Regierungsparteien wünscht die Förderung der Fürsorgeerziehung in der heutigen Form. Wir sind erstaunt über die Entrüstung einiger Anstaltsleiter darüber. Schliesslich haben auch Sozialdemokraten das Recht, sich mit der Fürsorgeerziehung zu beschäftigen. Wir fordern in der Fürsorgeerziehung eine Einschränkung der viel zu langen Arbeitszeit und vor allem die vollständige Aufhebung des Schweigegebotes und des Dunkelarrestes. Eine staatliche Anerkennung der Anstaltserzieher scheint uns überflüssig. Wir wünschen für sie Nachschulungslehrgänge, in denen die Erzieher das soziale Milieu der Insassen kennen lernen. Auch die Wohlfahrtsschulen sollten dazu herangezogen werden. Ebenso scheint die Schaffung von Spezialheimen für Psychopathen und für den Uebergang angebracht.

Es kommt uns darauf an, die Wohlfahrtserwerbslosen zu versorgen und die Wohlfahrtspflege zu erhalten. Jedenfalls müssen Reformen, die keine Kosten verursachen, durchgeführt werden, weil sie einen Fortschritt bedeuten. (Lebhafter Beifall! b.d.Soz.)

Abg. Hein (Dnt.) polemisiert gegen die Sozialdemokraten. Das bedeutendste Problem sei die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, das nur mit dem Mute der Verzweiflung im Kampfe gegen Tributplan, Raub der Kolonien und Zerstückelung der Wehrmacht gelöst werden kann.

Abg. Frau Dr. Lauer (Ztr.) erklärt, dass das Wohlfahrtsministerium seiner Bedeutung nach Sozialministerium heissen müsste. Heute gäbe es eine Not der Gesunden, die sich vor allem bei den jugendlichen Erwerbslosen zeige.

Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) kritisiert die Abstriche am Etat. Der Minister solle sein Ministerium Verelendungsministerium nennen. Er sei ein Handlanger des Kapitalismus.

Abg. Wurm (DVP) erkennt an, dass die Wohnungsfürsorgestellten Ersparnisse geleistet haben. Es sei aber jetzt Zeit, dass sie verschwinden.

Abg. Dr. Ponfick (Landvolk) begrüsst die starke Förderung der Neubautätigkeit durch den Minister, die aber auch auf dem Lande sich auswirken müsse.

Abg. Mentz (W.P.) erklärt, dass seine Partei auf dem Standpunkt stehe, der Einzelne habe für sich selbst und sein Obdach zu sorgen. Die Kultur falle mit der Nichtachtung des Eigentums. Das Haus- und Grundbesitzertum sei entrechtet. Mit dem Worte Elendsquartier könne man nichts anfangen. Es sei nur in Versammlungen zur Aufhetzung der Massen zu gebrauchen. Schiller habe in einem solchen Elendsquartier seine Jugend verlebt und keinen Schaden gelitten. Man müsse wieder zu der soliden Bautätigkeit der Friedenszeit zurück.

Abg. Hoff (Dem.) billigt die Wohnungspolitik des Ministers. Bei der Verteilung der Mittel müsse das flache Land mehr als bisher berücksichtigt werden.

Abg. Drügemüller (Soz.)

Einige Redner der Rechtsparteien haben der Wohnbaupolitik des Ministers Gerechtigkeit widerfahren lassen, aber mehr Berücksichtigung des flachen Landes



gewünscht. Wir verstehen diese Forderung, lassen aber keinen Zweifel darüber, dass die in den Städten aufgebrauchten Mittel vorzugsweise den Städten wieder zugute kommen müssen.

Die unfreundliche Kritik des Herrn Mentz überrascht uns nicht. Inbezug auf die Elendsquartiere redet er wie der Blinde von der Farbe, Leider müssen wir diese Elendsquartiere der Vorkriegszeit heute noch mit durchschleppen. Eine interessante Erhebung der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker in Berlin vom Jahre 1912 beweist uns, dass von ihren Mitgliedern ein erheblicher Teil in Zimmern wohnte, die die vorgeschriebene Mindesthöhe nicht erreichten.

Gegenüber den Behauptungen, dass die private Bautätigkeit rentabler ist als die gemeinnützige Neubautätigkeit, nur ein Beispiel: In Harburg stehen seit Jahren 80 Neubauwohnungen leer, die zu teuer sind, weil sie aus privatkapitalistischen Mitteln finanziert wurden. Dagegen konnten viel später errichtete 300 Neubauwohnungen vermietet werden, die aus gemeinnützigen Mitteln errichtet wurden. (Hört! Hört! b.d. Soz.)

Wir begrüßen den Ueberschuss an Neubauwohnungen über den Bedarf hinaus auch im letzten Jahre. Damit ist der Beweis erbracht, dass die Wohnungspolitik Preussens richtig gewesen ist. Wenn damit die Wohnungsfehlziffer immer noch nicht beseitigt wurde, so beweist das, dass wir auf dem eingeschlagenen Wege weiter gehen müssen. Der Wohnwert ist erfreulich gesteigert worden und die Menschen sind wieder, soweit sie solche Wohnungen beziehen konnten, mit der Natur verbunden. Der Hinweis auf die unerschwingliche Miete, den die Rechtsparteien machten, ist demagogisch. Die Baukosten etwa durch Senkung der Löhne und Beseitigung der Sozialversicherung zu senken, ist natürlich unmöglich. Aber bisher hat sich die Opposition geweigert, mit uns einen Weg zu suchen, der zu billigen Zinszuschüssen führt. Eine Senkung der Zinsen ist natürlich bei solchen Banken unmöglich, deren Tantiemen an die Aufsichtsräte die Gehälter der Angestellten weit übersteigen. Wir haben das ja bei der Stadtschaftsbank feststellen müssen. Herr Ladendorff von der Wirtschaftspartei hat allerdings erklärt, dass nicht er als Person, sondern seine Organisation diese Tantiemen erhalten hat. Es wäre besser, wenn auch diese Organisation im Interesse der Neubautätigkeit auf die hohen Tantiemenbezüge verzichten würde. (Sehr wahr! b.d. Soz.)

Die Wirtschaftspartei hat lebhaft kritisiert, dass in Siedlungen nur höhere Beamte wohnen und solche Leute, für die eigentlich die billigen Hauszinssteuermittel nicht gedacht sind. Dass die Wirtschaftspartei darüber Klage führt ist demagogisch, denn sie hat seinerzeit gegen unseren Antrag gestimmt, der eine Ausdehnung des Neubauwohnraumes über 70 qm verhindern wollte. Andererseits müssen wir die Beschränkung des Wohnraumes auf 32 bis 45 qm bemängeln, denn ein Festhalten an diesen Bestimmungen würde bedeuten, dass jetzt statt der alten Mietskasernen neue errichtet werden. Wir bitten den Minister, diese unerträgliche Bestimmung abzuändern.

Immerhin gibt es Mittel, die Baukosten zu senken. Das wäre z.B. möglich durch eine Revision und Senkung der Aufschliessungskosten. Hier könnte sich die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, die das Reich gegründet hat, hilfreich betätigen. Sie könnte dabei zu Massnahmen kommen, die durch Senkung der Baukosten den Baumarkt befruchten. Statt dessen scheint diese Gesellschaft sich solchen Vorhaben hindernd in den Weg zu stellen, und wir bitten den Minister, hier schleunigst und energisch auf Abhilfe zu drücken.

Durch die Notverordnungen sind jetzt endlich auch die Bestimmungen über die Gemeinnützigkeit der Bauunternehmungen festgelegt worden. Die Deutschnationalen haben zwar mit Hilfe der Volkspartei einen Untersuchungsausschuss beantragt, der die Verwirtschaftung öffentlicher Mittel beim Wohnungsbau feststellen soll. Wir fürchten eine solche Untersuchung nicht. Sie soll dem Willen

der Antragsteller entsprechend nur den einen Zweck haben, die gemeinnützige Neubautätigkeit in der Öffentlichkeit zu diffamieren. (Sehr wahr! b.d. Soz.)

Während man also bei uns alles tut, um die gemeinnützige Wohnbautätigkeit zu diskreditieren, hat England 1928 durch ein Gutachten festgestellt, dass die Erstellung neuer Wohnungen nach dem Kriege England vor schweren sozialen Unruhen, wenn nicht vor der Revolution bewahrt hat. (Hört! Hört! b.d. Soz.) Zu einer solchen objektiven Würdigung der preussischen Wohnungspolitik können sich freilich unsere Patentnationalisten nicht aufraffen.

Die Statistik ergibt, dass von 1909 bis 1911 in 48 Gemeinden Gross-Berlins 6.962 Gebäude mit einem Bauwert von 1 150 Millionen Mark gebaut wurden. Davon wurden 2218 Gebäude notleidend. Also bei 41 % wurden Verluste erlitten. Diese Verluste betragen über 200 Millionen Mark. Von diesen 2.818 Gebäuden kamen 1378 in die Zwangsversteigerung, wobei Verluste in Höhe von 12,3 Millionen Mark entstanden. Die gefährdeten Forderungen betragen insgesamt 50 Millionen Mark.

Diese Verluste hatten in der Hauptsache die Lieferanten, also die kleinen Handwerksmeister aller Berufe zu tragen. Die königliche Regierung hat später festgestellt, dass dieser Bauschwindel an keine Berufsgruppe gebunden war, ja, dass die technisch vorgebildeten Unternehmer sich daran mehr beteiligten, als die anderen, weil sie leichter in der Lage waren, ihre Gläubiger zu täuschen. Die geprellten Handwerker aber tat die Behörde ab mit der Bemerkung, dass sie an ihren Verlusten selbst Schuld tragen, da sie sich hätten über die Kreditwürdigkeit der Unternehmer orientieren müssen. Wie würde die Wirtschaftspartei schreien, wenn die heutige Regierung einen solchen Standpunkt einnehmen würde? So sah das solide Bauhandwerk vor dem Kriege aus, zu dem Herr Mentz zurück will!

Dass die privaten Bauunternehmer heute nicht anders sind wie früher, beweist die Tatsache, dass sie sich selbst beim Bau des Tannenbergsdenkmals zusammengeschlossen haben, um von demjenigen, der den Auftrag erhielt, 12000 Mark Abstand zu verlangen. (Hört! Hört! b.d. Soz.)

Die Wohnungszwangswirtschaft ist zwar kein Idealzustand, aber sie muss zum Schutz der Bedrängten aufrecht erhalten bleiben. Wir stehen allerdings auf dem Standpunkt, dass die Mieterschaft sich am besten schützt, wenn sie den gemeinnützigen Baugenossenschaften beitrifft. Dann wird sie endlich herauskommen aus den licht- und luftlosen Höfen der Mietskasernen und Hinterhäuser. (Sehr wahr! b.d. Soz.)

Das republikanische Deutschland hatte nachzuholen, was der alte Staat in Bezug auf moderne Wohnbautätigkeit versäumt hat. Wir erwarten, dass die Wohnbautätigkeit vom Staate weiter mit derselben Energie gefördert wird, wie bisher. (Lebhafter Beifall! b.d. Soz.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Howe (Dtn.) und Loft (Ztr.) wird die allgemeine Aussprache geschlossen. Die Beratung der Einzelartikel des Wohlfahrtshaushaltes erfolgt Dienstag, 12. Jhr. Ausserdem: Handelsetat, Etat der Porzellanmanufaktur.

#### Landtag-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 2. Februar (Eig. Ber.)

In der am Montag fortgesetzten Aussprache des Preussischen Landtages über den Wohlfahrtsetat nahm als erste Rednerin Frau Abg. Wachenheim (Soz.) für die sozialdemokratische Fraktion Stellung zu den Fragen der Wohlfahrtspflege des Staates. Die Rednerin konnte feststellen, dass der Ausbau der Wohlfahrtspflege in erster Linie auf die Ideen der Arbeiterschaft zurückzu-

führen ist. Gleichwohl sei nicht zu verkennen, dass die schleichende politische Krise und die furchtbare Wirtschaftslage die Wohlfahrtspflege aufs schlimmste gefährdet, wenn es nicht gelingt, die Lohnhöhe der Arbeiterschaft und die Arbeitslosenversicherung auf der jetzigen Höhe zu halten.

Bei dieser Gelegenheit kritisierte die Rednerin sehr scharf die Doppeltzungigkeit der Nationalsozialisten, die sich draussen im Lande demagogisch als Retter der Arbeiterschaft aufspielen, während sie in den Parlamenten rücksichtslos jede Sozialpolitik mit der Begründung ablehnen, dass im Interesse der Rassenauslese nur die Gesunden zu schützen sind, aber Sieche, unheilbare Kranke und Krüppel dem Verderben anheimfallen müssten. In diesem Sinne haben sich die Nazis kürzlich im Badischen Landtag geäußert. In Preussen bekundeten sie bezeichnenderweise ihr grosses Interesse an der Volkswohlfahrt dadurch, dass sie von ihnen bei der diesjährigen Etatberatung nicht ein einziger Redner zum Wort meldete, wie sie überhaupt während der ganzen dreitägigen Verhandlung die Sitzungen schwänzten. Besonders setzte sich die Rednerin für die Förderung und den Ausbau der vorbeugenden Fürsorge ein. Gegen die Uebertragung wichtiger Aufgaben der öffentlichen Fürsorge an die freie Liebestätigkeit aber machte sie starke Bedenken geltend. Gegenüber den Angriffen auf die Organisation der öffentlichen Wohlfahrt stelle die Sozialdemokratie den Grundsatz auf, dass man dem einzelnen Menschen nichts Höheres geben kann, als das Recht auf Hilfe des Staates.

Dann ging Frau Wachenheim auf die Förderung der Fürsorgeerziehung ein. Sie geisselte das Verhalten einiger Anstaltsleiter, die noch immer nicht einsehen können, dass auch Sozialdemokraten das Recht haben, sich mit der Fürsorgeerziehung zu beschäftigen. Darüberhinaus forderte sie eine Einschränkung der viel zu langen Arbeitszeit der Anstaltsinsassen und vor allem die vollständige Aufhebung der barbarischen Methoden des Schweigegebotes und des Dunkelarrestes. Eine staatliche Anerkennung der Anstaltserzieher sei überflüssig, aber dafür seien Nachschulungslehrgänge einzurichten, in denen die Erzieher das soziale Milieu der Zöglinge kennen lernen sollen. Hierzu müssten auch die Wohlfahrtsschulen herangezogen werden.

Die Rednerin der Sozialdemokraten schloss mit der Bemerkung, dass es den Sozialdemokraten jetzt darauf ankommt, die Wohlfahrtserwerbslosen zu versorgen und die Wohlfahrtspflege zu erhalten. Reformen in dem von ihr vorgeschlagenen Sinne müssten, weil sie keine Kosten verursachen, schon deshalb durchgeführt werden, weil sie einen Fortschritt bedeuten.

Ueber die Wohnbaupolitik des Ministeriums äusserte sich in längeren Ausführungen Abg. Drügemüller (Soz.) Er setzte sich mit den bürgerlichen Kritikern, besonders mit den gehässigen Angriffen der Wirtschaftspartei auseinander. Herr Mentz von der Wirtschaftspartei hatte nämlich behauptet, dass das Wort "Elendsquartiere" nur eine aufhetzende Versammlungsphrase sei, dass die Tätigkeit der gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften den Wohnungsneubau hindere, dass man heraus müsse aus der Atmosphäre der Nichtachtung des persönlichen Eigentums, in der Haus- und Grundbesitzertum entrechtet ist, wobei er die solide Bautätigkeit der Vorkriegszeit als leuchtendes Vorbild hinstellte.

Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion fertigte den Vertreter der notleidenden Hausagrarien recht derbe ab. Zunächst stellte er die Wirksamkeit der privaten und der gemeinnützigen Bautätigkeit in Gegensatz und konnte an Hand von Zahlen beweisen, dass der Privatunternehmer viel zu teuer baut. Dann aber hätten die Rechtsparteien alles getan zu verhindern, was eine Senkung der Baukosten durch verbilligte Zinszuschüsse ermöglicht hätte. Ausserdem charakterisierte der sozialdemokratische Redner die solide Bautätigkeit der Privatunternehmer in der Vorkriegszeit. Das Geschäftsgebahren der Unternehmer, der sprichwörtlich gewordene Bauschwindel, führte 1912 dazu, dass ein Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen beschlossen werden musste. Von 1909 bis 1911 wurden in Gross-Berlin 6962 Gebäude mit einem Bauwert von 1150 Millionen Mark gebaut. 41 Prozent davon wurden notleidend und die eingetretenen Verluste be-

trugen über 200 Millionen Mark. 1378 Gebäude kamen in die Zwangsversteigerung, wobei Verluste von 12.3 Millionen Mark entstanden. Die Leidtragenden waren damals fast durchweg kleine Handwerkmeister, die als Opfer der privaten Bau= spekulatien fielen.

Drügemüller schloss mit dem Hinweis, dass der beste Schutz der Mieter= schaft in dem Beitritt zu den gemeinnützigen Baugenossenschaften bestehe. Darüber hinaus aber würde die sozialdemokratische Fraktion alles tun, um das Ministerium in seiner öffentlichen Bauwirtschaft zu unterstützen.

Die Deutschnationalen beantragten mit Unterstützung der Wirtschaftspartei einen Untersuchungsausschuss, der die Verwirtschaftung öffentlicher Mittel beim Wohnungsbau feststellen soll. Der Ausschuss soll schliesslich nur den Zweck haben, die Tätigkeit der gemeinnützigen Baugenossenschaften in der Oef= fentlichkeit aus Konkurrenzneid privater Unternehmungen heraus zu diffamieren.

Weiterberatung Dienstag.

---